VORWÄRTS! Sie wollen unabhängige Medien? DW gibt's im ABO! SEITE 15

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Der Journalist Der Beste des Westens feiert Geburtstag: DW gratuliert Julian Assange. Meldung Seite 11

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 54 ab Samstag, 10. Juli 2021 bundesweit. Verkaufspreis 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 54. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

HEUTE IN RAMSTEIN AM NATO-KRIEGSTREIBER-HORST! AM 24. JULI IN KASSEL UND 180 ORTEN DER WELT! – UND ZUR MEGADEMO IN BERLIN AM 1. AUGUST. DAS HORROR-REGIME ENDET.

Sie können die Maske jetzt fallen lassen.

Das Corona-Regime bröckelt. Nachdem bereits 33 US-Bundesstaaten sämtliche Maßnahmen fallen gelassen hatten, zieht nun die britische Regierung nach. Millionen haben jeden Samstag in London gegen das Corona-Regime und für die gesundheitliche Selbstbestimmung demonstriert.

Das Einknicken des Kabinetts Johnson war durch die revolutionäre Situation innenpolitisch überfällig geworden. Applaudiert wurde dazu von renommierten Medizinern, welche die gesundheitlichen Schäden des Maßnahmenregimes bereits seit über einem Jahr angeprangert hatten. Die deutsche polit-mediale Kaste entrüstet sich derweil über so viel gelebte Demokratie.

Und so grüßt Berlin: Eine Rückkehr zu Grundgesetz, Gewaltenteilung und Grundrechte soll es hierzulande nicht geben. Der rechtswidrig ermächtigte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) fordert die Impfung von mindestens 85 Prozent aller Erwachsenen und Kinder. Die Bevölkerung wird gedemütigt und um garantierte Rechte gebracht. Dabei erdreistet sich das Regime, den Verdacht des »Antisemitismus« auf jeden Bürger und jeden Oppositionellen zu lenken, um so vom eigenen Kollaps und dem Zusammenbruch des US-Finanzmarktkapitalismus abzulenken. Dieser hatte sich bereits seit Ende 2019 abgezeichnet.

Dagegen demonstriert die Demokratiebewegung seit dem 28. März 2020 auf den Straßen und Plätzen der Republik. Das Ziel: Eine Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes, ein demokratisches, rechtsstaatliches und freies Zusammenleben sowie ein Ende der Beteiligung an den Kriegen des wankenden US-Imperiums.

➲ Friedensbewegung in Ramstein, Seite 5
➲ Zum Antisemitismus der Regierung, Seite 4 sowie im Panorama, Seiten 12 und 13
➲ Demokalender der Verfassungsbewegung, Seite 6



Titelgestaltung: DW/Feuerstacke/Sandjaja/Lenz mit gemeinfreiem Material (Commons)

Fehlgeburten nach Impfung.

Corona war glücklicherweise keine Jahrhundertseuche. Doch der De-facto-Impfzwang fordert Opfer. ➲ Seite 3

NICHTOHNEUNS.DE

Kapitän mit politischem Niveau

Der Preis der Republik geht an Captain Future

LAUDATIO | Von Anselm Lenz und Steve Schramm



Intakte Eier: Der erste Auftritt von »Captain Future« für die Demokratiebewegung war am 11. April 2020 auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz zusammen mit *NichtOhneUns.de.*

Singende Familien, SchülerInnen, alte Damen mit Grundgesetz und auch ebenjenes »renitente Feierbiest« (*Spiegel-TV*) wurden damals direkt von der Exekutive angegriffen. Doch der zukunftsfähige Verfassungsfreund mit Discjockey-Hintergrund, genannt Captain Future, hielt die Fahne der Freiheit, des Grundgesetzes und der Vernunft hoch. Die Freedom Parade (Freiheitsparade) zieht seither durch Berlin. Deren Kapitän legt Wert darauf: »Die Freedom Parade ist mehr als eine hedonistische Tanzveranstaltung, sie stellt klare politische Forderungen.« Er ist ein Kölner in Berlin, gewissermaßen ein *Expat*. In der Metropole verteidigt er nichts Geringeres als die Rheinische Demokratie. »Wir sind nicht hier, um nur zu überleben, sondern wir wollen wirklich leben.« Dazu gehören die Einhaltung des Menschenrechts, die Kunstfreiheit, die Wiedereröffnung der Clubs. Captain Future hat viel erreicht, während sich die vielbeschworene Berliner »Subkultur« dem Corona-Simulacrum (Baudrillard) unterwirft, und in der finalen Demütigung noch ejakuliert wie der Priester im Roman bei George Bataille.

Mit seinem außerordentlichen Humor verlieh »der Captain« Christian Drosten die »rote Clownsnase« – direkt vor dem Schloss Bellevue; am 11. November 2020 eröffnete er den verbotenen Kölner Karneval. Der Kapitän mit politischem Niveau wurde unzählige Male widerrechtlich festgenommen. Trotzdem gibt er den Kampf nicht auf. Der Vortänzer bleibt bescheiden: »Jeder, der für die Freiheit auf die Straße geht, ist ein Superheld!«

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Doris und Aya. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya.

Ja!

Republik, Gewaltenteilung, Demokratie

Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leser,

Die Demokratiebewegung wächst von Woche zu Woche:
- Aufklärung
- freie Medien
- Verfassungserneuerung.

Unser Ziel als Journalisten und Verleger: Diese Wochenzeitung fest verankern. Abo? Seite 15!

In unserem Buchverlag soeben erschienen: Der erste Band des wahren SCHWARZBUCHES CORONA – die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses.

Wir empfehlen uns herzlich achtungsvoll,

[Unterschriften]

ULI GELLERMANN
TAMARA GANJALYAN (HG.)
SCHWARZBUCH CORONA
Erster Band
Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Sodenkamp & Lenz

Uli Gellermann, Dr. Tamara Ganjalyan (Hg.): Schwarzbuch Corona – erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses. Mitarbeit: Gabriele Krüper.

Erschienen im Sodenkamp & Lenz Verlagshaus, Berlin 2021. Bestellungen u. a. auf demokratischerwiderstand.de

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Die »westliche Wertegemeinschaft«

EINWURF *von Werner Köhne*

Das Grundgesetz mal eben ausgehebelt, eine Doppelmoral implantiert. Und einen Ausnahmezustand zur Norm erhoben: Elemente einer Entdemokratisierung.

All dies weckt Erinnerungen an ein Wortungetüm, das seit zwei Jahrzehnten im Umlauf ist: Die »westliche Wertegemeinschaft«. War es etwa der Habermas aus Gummersbach, der den Ausdruck prägte? Oder ein Staatssekretär aus dem Ministerium für »Gedöns«. Oder doch ein Schleimer aus einem dieser transatlantischen *Think Tanks*? Was eigentlich sind »Werte«? Und was macht sie zu »westlichen«? Offensichtlich steht diese ethische Kohorte ja ein für ... ja für was eigentlich? Für ein Gegen die im Osten? Gegen innere Feinde? Das »Gegen« – soviel steht fest – ist dieser Gutmenschen-Armada vorgegeben und vergiftet so alle hehren Werte. Bertolt Brecht hat in seinem Gedicht vom »Anachronistischen Zug« zwei dieser westlichen Werte, nämlich *Freedom and Democracy*, sprachrhythmisch auseinandergenommen: Zertrümmerung von Ideologie *at its best*.

Was aber aktuell durchaus beunruhigt, ist dies: Die westliche Wertegemeinschaft erfreut sich regen Zuspruchs aus den Reihen der Ökonomie, der Medien und des omnipräsenten *Framing*. Die darin tätigen Gesellschaftsgestalter haben das alte Subjekt der Finanzwelt, den *Shareholder*, dem es nur um Rendite geht, ersetzt durch den *Stakholder*. Dieser ist ein wesentlichbreiter aufgestelltes Subjekt, das neben Eigeninteressen, die Belange der Allgemeinheit und Solidarität im Auge zu haben vorgibt, dabei aber im Trüben einer selektiven Moral fischt.

Werbefritzen machen für *Stakeholder* inzwischen recht kurzweilige TV-Spots mit *Story-Telling*-Charakter. Studieren konnte man das an der kurz vor Coronaausbruch von der *ARD* geführten Kampagne für ein höheres Budget, die in diesem Bekenntnis gipfelte: »*ARD* – Wir sind deins«. Dazu lud man ein paar hundert Menschen unterschiedlicher Herkunft ein, die in irgendeinem Sendesaal ein Lied sangen, etwa folgenden Inhalts: Wir sitzen alle in einem Boot. So werden Werte geschaffen. Westliche, versteht sich.

Köhne, Autor der »Minima Mortalia«, geht auf Lesereise. Einladungen willkommen: *wernerpaulkoehne@gmail.com*

FEHLGEBURTEN NACH IMPFUNG

Deutsche Medien ignorieren die hohe Anzahl an Toten und ungewollten Schwangerschaftsabbrüchen nach Corona-Impfungen. | Von Markus Fiedler

Der selbsternannte »Faktenfuchs« des *Bayerischen Rundfunks* berichtet: »Corona-Impfung führt nicht zu mehr Fehlgeburten.« Ehrlicherweise hätte der *BR* das Ganze besser in #Aktenwolf oder in naive #Fakten-Ente umbenennen sollen. Denn es werden positive Nachrichten zu Impfungen betont und die Leser über massive Gefahren bei den Corona-Impfungen hinweggetäuscht.

Zunächst die europäischen Rahmendaten zu den Impfungen: Bis zum 6. Juli 2021 wurden laut *European Centre for Disease Prevention and Control* (ECDC) »Covid-19 Vaccine Tracker« 368.797.516 Impfdosen verabreicht. Gleichzeitig wurden der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) bisher 665.525 Nebenwirkungen im Zusammenhang mit Impfungen gemeldet. Die Recherchegruppe »EMA Datenanalyse Programmieren« veröffentlicht ihre Daten regelmäßig auf Telegram (*t.me/DatenAnalyseProgrammieren*). Sie ermittelten mit Stand vom 3. Juli 2021 insgesamt 10.716 Todesfälle, davon 5.215 im Zusammenhang mit dem Vakzin von Biontech/Pfizer, 2.756 bei Moderna, 2.486 bei Astrazeneca und 259 bei Johnson & Johnson.

Am 6. Juli 2021 veröffentlichte die Gruppe eine Beobachtung, nach der insgesamt 36.353 Fälle zwischen dem 24. April 2021 und dem 3. Juli 2021 aus der EMA-Datenbank ohne Angabe von Gründen verschwunden seien. Darunter befänden sich auch 1.791 Datensätze, die eine Todesfolge belegten. Mit 17 Prozent sind die Todesfälle in den gelöschten Datensätzen unverhältnismäßig hoch vertreten. Die Todesfälle haben insgesamt einen Anteil an den gemeldeten Nebenwirkungen von derzeit nur 1,6 Prozent. Zu welchem Zweck wurden diese Datensätze überproportional gelöscht? Die EMA-Datenbank ist mit der CDC-VAERS Datenbank in den USA vergleichbar.

In Ausgabe DW 52 vom 26. Juni des Jahres berichteten wir an dieser Stelle, dass eine spezielle Datengruppe (R00-99) der CDC-Sterbestatistik im Vergleich 4,4 mal mehr Todesfälle im Zusammenhang mit Covid-Impfungen listet als die CDC-VAERS Datenbank. Die akkurat geführte CDC-Sterbestatistik nannte hier circa 25.800 Fälle, die auf Impfungen zurückgehen könnten.

TODESZAHLEN WERDEN KÜNSTLICH NIEDRIG GEHALTEN

In der VAERS Datenbank waren damals nur etwa 5.800 Fälle gelistet. Könnte es sein, dass sowohl in den USA als auch in Europa nicht nur durch nachlässige Meldungen von Impfnebenwirkungen, sondern auch durch gezielte Löschung von Todesfall-Datensätzen die offiziellen Todeszahlen im Zusammenhang mit Impfungen niedrig gehalten werden und dadurch diese große Dunkelziffer entsteht?

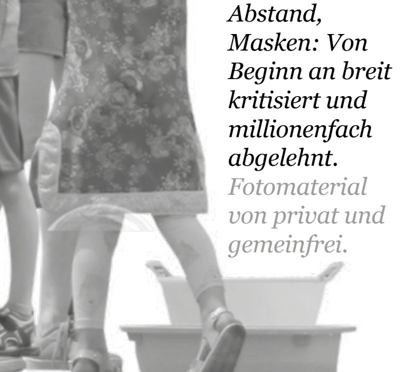
Die auf die USA bezogenen Rohdaten im Artikel »Preliminary Findings of mRNA Covid-19 Vaccine Safety in Pregnant Persons« sollte man sich genau anschauen. Die von der Arbeitsgruppe um Tom T. Shimabukuro in der Zeitschrift »New England Journal of Medicine« veröffentlichten Daten lassen den Schluss zu, dass nach einer Corona-Impfung während der ersten 20 Wochen der Schwangerschaft 104 von 127 Frauen ihr ungeborenes Kind durch spontane Schwangerschaftsaborte verloren haben. Das entspricht einem Anteil von 81 Prozent! Bei vier von fünf der in dem V-Safe-Schwangerschaftsregister verzeichneten Frauen führt demnach die Impfung zu einem ungewollten Schwangerschaftsabbruch. Je früher die Impfung während der Schwangerschaft vorgenommen wird, desto höher erscheint die Wahrscheinlichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs, laut Datenbasis der Studie.

Im Fließtext der Studie wird dieser Zusammenhang aber unterschlagen. Die Schwangerschaftsabbrüche werden lediglich auf die Gesamtzahl von allen 827 registrierten schwangeren Frauen bezogen, darunter vor allem Impfungen in späteren Schwangerschaftsstadien. Daraus errechnen sich lediglich 12,6 Prozent Schwangerschaftsabbrüche. Im Vergleich zu den Daten aus Zeiten vor Corona sei diese Abbruchquote aber nicht auffällig, so die Autoren.

Im eingangs erwähnten *BR*-Artikel bezieht man sich sogar auf die besagte Veröffentlichung. Nur ist den *BR*-Autoren das brisante Detail mit den exorbitant hohen Schwangerschaftsabbrüchen offenbar entgangen. Stattdessen werden zahlreiche »Gründe, die für eine Impfung von Schwangeren sprechen,« genannt. Und der *BR* kommt zu dem Ergebnis: »Fehlgeburten treten unter geimpften Frauen bisher nicht häufiger auf als normal.« Es bleibt abzuwarten, ob und wann der *BR* hier reagiert und den Artikel zurückzieht oder korrigiert. Schöne neue Corona-Welt.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik sowie Ressortleiter Naturwissenschaft.

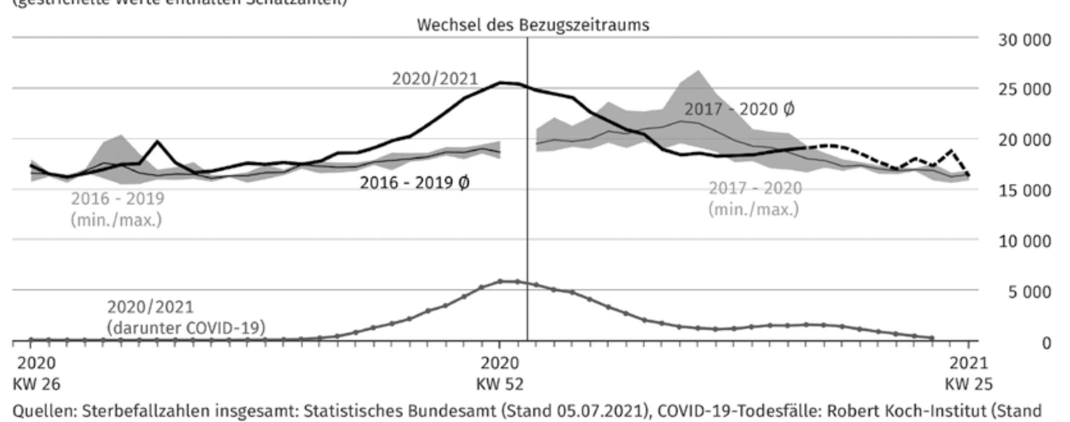


Politblase: Impfterror, Abstand, Masken: Von Beginn an breit kritisiert und millionenfach abgelehnt. *Fotomaterial von privat und gemeinfrei.*

MELDUNG

STUDIE: MASKEN GEFÄHRDEN KINDESWOHL

Berlin/DW. Bei Kindern steigt der CO2-Gehalt der Luft unter der Maske innerhalb von nur drei Minuten auf durchschnittlich 13.000 ppm (Teile pro Million, entspricht 1,3 Prozent). Dies erklärte eine Arbeitsgruppe um die Mediziner Prof. Harald Walach, Dr. Diemer und Prof. Hockertz in der renommierten Zeitschrift *JAMA Pediatrics* am 30. Juni 2021. Mehr als 2.000 ppm in der Umgebungsluft am Arbeitsplatz sind laut Umweltbundesamt schädlich. 400 ppm CO2 (entsprechen 0,04 Prozent) sind natürlicherweise in der Luft enthalten. Die wissenschaftliche Veröffentlichung mit dem Titel »*Experimental Assessment of Carbon Dioxide Content in Inhaled Air With or Without Face Masks in Healthy Children*« ist begutachtet und erfüllt damit hohe wissenschaftliche Standards. Unter Missachtung gesetzlich geregelter Gesundheitsstandards gefährdet die Regierung somit massiv das Kindeswohl. (mfi)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

STAATSTROJANER AUF ALLEN TELEFONEN MÖGLICH

Berlin/DW. Am 10. Juni hat der Bundestag das sogenannte »Gesetz zur Anpassung des Verfassungsschutzrechts« verabschiedet. Damit wurde der Bundespolizei und allen Nachrichtendiensten in Deutschland die Grundlage geschaffen, Computer und *Smartphones* der Bürger komplett auszuspionieren. Dafür kommt nun eine Schadsoftware zum Einsatz, die neben der Kommunikationsüberwachung auch weitere Funktionen wie das Aufspielen von Dateien – und somit vermeintlichen Beweisen – oder das Einschalten von Kamera und Mikrofon ermöglicht. Es handelt sich laut Experten um einen weiteren massiven Eingriff in die Grundrechte der Bundesbürger. Auf dem Technikportal *golem.de* erschien am 7. Juli 2021 ein ausführlicher Artikel mit dem Titel »Was hilft gegen Staatstrojaner?«, der darüber aufklärt, wie man sich nun am besten vor der Spionage durch das Überwachungsregime schützen kann. (ber)

WEITREICHENDE MASSNAHMEN-LOCKERUNGEN IN NRW

Düsseldorf/DW. NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) kündigte vergangenen Mittwoch weitreichende Lockerungen der Corona-Zwangsmaßnahmen an. So soll das Tragen einer Maske ab Freitag, 9. Juli 2021, nur noch im ÖPNV und im Handel vorgeschrieben sein. Bei Inzidenzzahlen zwischen 0 und 10 sollen auch Kontaktbeschränkungen entfallen sowie das Hinterlassen der Kontaktdaten im Restaurant. (ber)

IMPFTEMPO SINKT - EXPERTEN FORDERN KREATIVERE STRATEGIEN

Berlin/DW. Laut Medienberichten fordern Experten kreativere Strategien, um die Impfbereitschaft der Bevölkerung zu erhöhen. Die Vorsitzende der Ärztegewerkschaft Marburger Bund, Susanne Jona, meint, man müsse »Menschen auch direkt ansprechen und nicht warten, bis sie ins Impfzentrum oder zum Hausarzt kommen. Je niedrigschwelliger, desto besser.« Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD, Sabine Dittmar, sprach sich laut *Welt* dafür aus, Impfmöglichkeiten in Fußgängerzonen, Wohnsiedlungen und bei Veranstaltungen anzubieten. (ber)

ERNEUERUNG DER BUNDESREPUBLIK AN IHREN EIGENEN WERTEN

Kassel/DW. Die Erneuerung der Verfassung Deutschlands durch das Volk selbst nimmt konkrete Formen an. Siehe dazu aktuelle Erklärungen von Ralph T. Niemeyer, Vorsitzernder des Deutschlandkongresses sowie Ralph Boes (*unsere-verfassung.de*) auf *demokratischerwiderstand.de*. (ale)

RECHTSBEUGUNG MIT DEM BEGRIFF »ANTISEMITISMUS«

Ein dem DW zugespielter interner »Leitfaden zur Verfolgung antisemitischer Straftaten in Berlin« zeigt auf, wie sich mutmaßliche Verbrecher im Amt jeder Opposition entledigen wollen. | Bericht und Einschätzung von Anselm Lenz

Die Berliner Exekutive befindet sich auf derselben Rutschbahn wie der NS-Staat. In Deutschland werden unter »Corona« Ärzte, Juristen und regierungsunabhängige Journalisten geradezu überfallen – und teils ihrer wirtschaftlichen und sozialen Existenz beraubt, weil sie sich ihren Berufsethos und ihre Würde nicht nehmen lassen.

Der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* wurde nun ein internes Papier der Berliner Polizei zugespielt. Darin wird offen erkennbar, dass der verfassungswidrig handelnde Berliner Senat nun plant, den Begriff »Antisemitismus« umfassend für den Angriff auf die Menschen im Lande einzusetzen. Im »Leitfaden zur Verfolgung antisemitischer Straftaten« mit dem Briefkopf der Generalstaatsanwaltschaft Berlins sowie der Polizei und des Senats heißt es: »Antisemitismus bedroht die Stabilität der Gesellschaft«, der Leitfaden sei eine »Handlungsempfehlung«. Das Vorwort ist gezeichnet von Wolfram Pemp und Claudia Vanoni, den politisch eingesetzten »Antisemitismusbeauftragten« von Polizei und Staatsanwaltschaft in Berlin.

EIN FALL FÜR VICTOR KLEMPERER

Nach dem Vorwort folgen auf 20 Seiten Anweisungen, die an gewollter Schwammigkeit nicht zu übertreffen sind, wer oder was des »Antisemitismus« bezichtigt werden darf. »Antisemitismus« kann demnach nun im Grunde gegen jeden vorgebracht werden, der Berufspolitikern und politisch besetzter Staatsanwaltschaft gerade nicht in den Kram passt – oder einfach mal so von Nachbarn oder Behördenleuten nach Lust und Laune denunziert werden soll. So heißt es: »Verdachtsfälle, bei denen ein antisemitisches Motiv vorliegen *könnte*, sind daher frühestmöglich dem Polizeilichen Staatsschutz zur Kenntnis zu geben.« Mit einem »könnte« gleich mal ab zur Stasi? – Wenn es denn wenigstens wirklich darum ginge, Juden zu beschützen. Das tut es aber ganz offensichtlich nicht in erster Linie. Es geht mittlerweile um die Erfindung von Verdachtsmomenten. Was ist dem Papier zufolge ein »antisemitisches Motiv«? Dazu zählt demnach die Aussage, dass es eine »Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder gesellschaftlicher Institutionen« gebe. Wohlgemerkt: Wir sprechen hier nicht von einem alternativen Projektladen »gegen rechts« an der Ecke, der irgendwie seinen gesellschaftspolitischen Arbeitsnachweis bringen muss. Sondern von strafrechtlichen Leitfäden.

FREIBRIEF FÜR GRUNDGESETZWIDRIGKEITEN

Weiter heißt es im Papier, dass es im Grunde unerheblich sei, ob sich die Analyse etwa in puncto Kontrolle der Wirtschaft – die neben circa 99 Prozent der Weltbevölkerung etwa auch der Milliardär Warren Buffet teilt – »gegen jüdische oder nichtjüdische Personen richtet«. Sogar Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) konstatierte auf einer seiner exklusiven Pressekonferenzen auf Nachfrage zuletzt, dass es eine Gesellschaft von Herrschern und Beherrschten gebe. »Dann wäre auch ich Verfassungsfeind«, so Seehofer. Selbstverständlich sind Analyse und Kritik der objektiven Gegebenheiten niemals judenfeindlich, auch nicht indirekt.

Wofür also der Aufriss? Es soll schlichtweg der Widerstand gegen das grundgesetzwidrige Corona-Putschistenregime mit einem Psychotrick ausgeschaltet werden. Dafür bringt man dann eine Handvoll staatlich finanzierter »Stiftungen« als maßgebliche Experten ins Staatsgeschehen ein, die zum Schluss des Papiers als maßgebliche Stellen genannt werden – und damit de facto als Institutionen oberhalb der Ermittlungsbehörden eingesetzt sind. Das ganze Papier erinnert schon in der Sprachstruktur an die des Dritten Reiches (etwa »SAH« für Straftat antisemitischen Hintergrundes) – liberaler Rechtsstaat? Man will in den autoritären Unrechtsstaat. Dafür beutet man dann schonmal schamlos den Begriff des Antisemitismus aus.



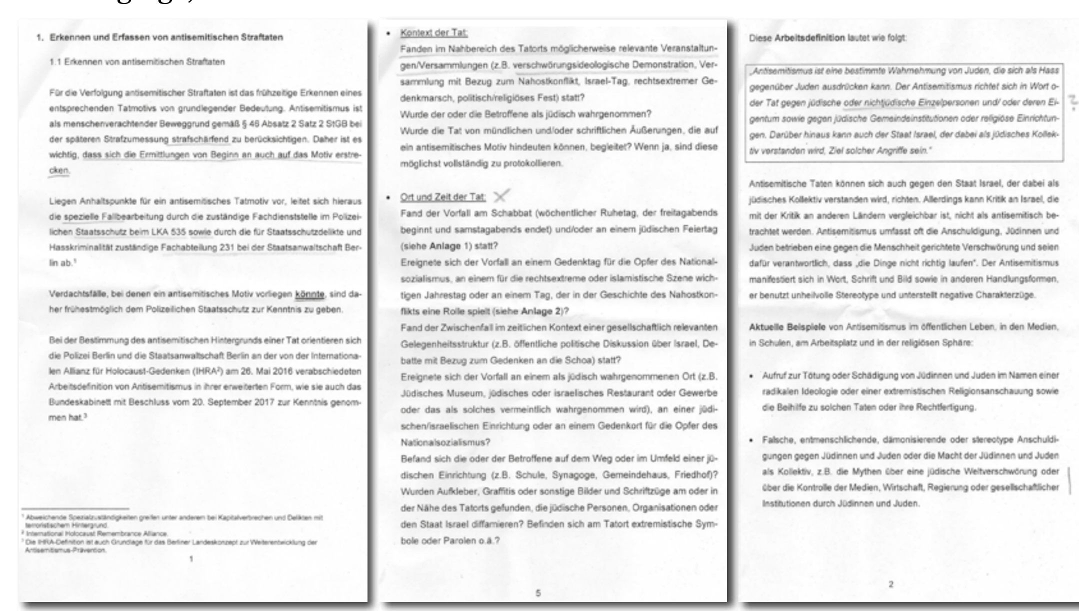
Foto: Hannes Henkelmann

30.8.2020: Aufgehetzte Polizeitruppen in Berlin.

Ein perverser Kultfetisch soll den weiteren Weg der deutschen Polit- und Medienkaste in die Diktatur bahnen. Letztlich handeln die dafür voll haftbar zu machenden Figuren in Berufspolitik, Staatsanwaltschaft und Justizapparat quartär antisemitisch, das heißt: Sie instrumentalisieren die berechtigte Abscheu vor direkter und indirekter Judenfeindschaft für ihre gewalttätige Ermächtigung, setzen sich letztlich selbst mit dem Leid der Opfer gleich (was diesen Leuten in keiner Weise zusteht) und agieren damit ähnlich den historischen Nazis (die es heute glücklicherweise in Deutschland nicht mehr gibt, auch nicht unter den machtpolitisch fetischisierten »Rechten«).

Ein seriöser, grundgesetz- und menschenrechtstreuer Antifaschismus engagiert sich zuerst für die Aufrechterhaltung zivilisatorischer Standards. Dazu zählt insbesondere die Selbstbestimmung des Individuums und ein Heraushalten des Staates aus persönlichen Entscheidungen über den eigenen Körper, die eigene Wohnung, die eigene Meinung, die eigene Berufsausübung und so fort. Der derzeit staatlich und konzernmedial pervertierte Antifaschismus und vermeintliche Philosemitismus fallen mittlerweile selbst unter die Kategorie »strukturell antisemitisch«.

Die Regierung hat unter »Corona« ungeheuerliche Lügen, Rechtsbrüche und Verbrechen zu verantworten – einen Zivilisationsbruch. Der wird aufgearbeitet werden und muss auch zu Strafen führen. Der von Verbrechern in Amt sowie Konzernen instrumentalisierte Staatsapparat wird eingesetzt, die Opposition aus dem Volk zu unterdrücken. Der fortgesetzte Bruch mit Grundgesetz und Menschenrecht gelingt nicht, weil die Demokratiebewegung die Unterstützung einer zweistelligen Millionenzahl von Bundesbürgern hat und von Woche zu Woche weiter wächst. Von den Folgen des, gegen den Willen einer riesigen Anzahl von Menschen im Lande, staatlich und konzernmedial durchgedrückten de-facto-Impfzwangs berichten wir seit dem 17. April 2020. Zum Thema siehe Seiten 12/13



1. **Erkennen und Erfassen von antisemitischen Straftaten**

1.1 Erkennen von antisemitischen Straftaten

Für die Verfolgung antisemitischer Straftaten ist das frühzeitige Erkennen eines entsprechenden Tatmotivs von grundlegender Bedeutung. Antisemitismus ist als menschenverachtender Beweggrund gemäß § 46 Absatz 2 Satz 2 StGB bei der späteren Strafzumessung strafschärfend zu berücksichtigen. Daher ist es wichtig, dass sich die Ermittlungen von Beginn an auch auf das Motiv erstrecken.

Liegen Anhaltspunkte für ein antisemitisches Tatmotiv vor, leitet sich hieraus die spezielle Fallbearbeitung durch die zuständige Fachdienststelle im Polizeilichen Staatsschutz beim LKA 535 sowie durch die für Staatsschutzdelikte und Hasskriminalität zuständige Fachabteilung 231 bei der Staatsanwaltschaft Berlin ab.[1]

Verdachtsfälle, bei denen ein antisemitisches Motiv vorliegen könnte, sind daher frühestmöglich dem Polizeilichen Staatsschutz zur Kenntnis zu geben.

Bei der Bestimmung des antisemitischen Hintergrunds einer Tat orientieren sich die Polizei Berlin und die Staatsanwaltschaft Berlin an der von der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA[2]) am 26. Mai 2016 verabschiedeten Arbeitsdefinition von Antisemitismus in ihrer erweiterten Form, wie sie auch das Bundeskabinett mit Beschluss vom 20. September 2017 zur Kenntnis genommen hat.[3]

[1] Abweichende Spezialzuständigkeiten greifen unter anderem bei Kapitalverbrechen und Delikten mit terroristischem Hintergrund.
[2] International Holocaust Remembrance Alliance.
[3] Die IHRA-Definition ist auch Grundlage für das Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention.

1

- Kontext der Tat:
  Fanden im Nahbereich des Tatorts möglicherweise relevante Veranstaltungen/Versammlungen (z.B. verschwörungsideologische Demonstration, Versammlung mit Bezug zum Nahostkonflikt, Israel-Tag, rechtsextremer Gedenkmarsch, politisch/religiöses Fest) statt?
  Wurde der oder die Betroffene als jüdisch wahrgenommen?
  Wurde die Tat von mündlichen und/oder schriftlichen Äußerungen, die auf ein antisemitisches Motiv hindeuten können, begleitet? Wenn ja, sind diese möglichst vollständig zu protokollieren.
- Ort und Zeit der Tat:
  Fand der Vorfall am Schabbat (wöchentlicher Ruhetag, der freitagabends beginnt und samstagabends endet) und/oder an einem jüdischen Feiertag (siehe **Anlage** 1) statt?
  Ereignete sich der Vorfall an einem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, an einem für die rechtsextreme oder islamistische Szene wichtigen Jahrestag oder an einem Tag, der in der Geschichte des Nahostkonflikts eine Rolle spielt (siehe **Anlage 2**)?
  Fand der Zwischenfall im zeitlichen Kontext einer gesellschaftlich relevanten Gelegenheitsstruktur (z.B. öffentliche politische Diskussion über Israel, Debatte mit Bezug zum Gedenken an die Schoa) statt?
  Ereignete sich der Vorfall an einem als jüdisch wahrgenommenen Ort (z.B. Jüdisches Museum, jüdisches oder israelisches Restaurant oder Gewerbe oder das als solches vermeintlich wahrgenommen wird), an einer jüdischen/israelischen Einrichtung oder an einem Gedenkort für die Opfer des Nationalsozialismus?
  Befand sich die oder der Betroffene auf dem Weg oder im Umfeld einer jüdischen Einrichtung (z.B. Schule, Synagoge, Gemeindehaus, Friedhof)?
  Wurden Aufkleber, Graffitis oder sonstige Bilder und Schriftzüge am oder in der Nähe des Tatorts gefunden, die jüdische Personen, Organisationen oder den Staat Israel diffamieren? Befinden sich am Tatort extremistische Symbole oder Parolen o.ä.?

5

Diese **Arbeitsdefinition** lautet wie folgt:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/ oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein."

Antisemitische Taten können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der Kritik an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, Jüdinnen und Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen". Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, in Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre:

- Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Jüdinnen und Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung sowie die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung.
- Falsche, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Jüdinnen und Juden oder die Macht der Jüdinnen und Juden als Kollektiv, z.B. die Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder gesellschaftlicher Institutionen durch Jüdinnen und Juden.

2

Behörden-Leak: Hier drei Seiten des insgesamt 21-seitigen Dokuments der Berliner Exekutive.



20. März 2021 in Kassel: Die friedliche Demokratiebewegung fordert ein freies, selbstbestimmtes und rechtsstaatliches Deutschland. *Foto: Steve Schramm*

RAMSTEIN
Alles dichtmachen

Die Friedensbewegung demonstriert am berüchtigten Hauptquartier der US-Luftwaffe in Europa. | Von Burak Erbasi

Vom Luftwaffenstützpunkt Ramstein aus begeht die US-Regierung zahllose Völkerrechtsbrüche und Menschheitsverbrechen. Die Bundesregierung bietet sich dabei als Erfüllungsgehilfe an, indem sie den USA die Möglichkeit bietet, von deutschem Boden aus illegale Angriffskriege zu führen.

Ohne die dort ansässige Relaisstation wäre der Drohnenterror der US-amerikanischen Luftwaffe im Nahen Osten und in Afrika nicht möglich. Auch entlarvt sich die Bundesregierung als rückgratlos, wenn es um wirklichen Gesundheits- und Umweltschutz geht: Die Airbase verseucht nicht nur die umliegende Natur, sondern schädigt auch die Gesundheit der Anwohner. Der US-Militärkomplex ist zum Symbol der Heuchelei der deutschen Politik geworden und sollte von einem friedlichen und souveränen Staat sofort stillgelegt werden.

Die deutsche Regierung inszeniert sich in ihrer Außenpolitik allzu gern als Botschafter des Friedens und der Völkerverständigung. Auch scheut sie nicht davor zurück, den moralischen Zeigefinger auf Länder wie Ungarn oder Russland zu richten, um das bröckelnde US- und Konzernkonstrukt der Europäischen Union nun mit Gewalt durchzusetzen. In ihrer überbordenden Selbstgefälligkeit billigt die Regierung, dass von deutschem Staatsterritorium aus Todesstrafen auf Verdacht vollstreckt werden – ohne Anklage, ohne Prozess und ohne Richter werden Tausende überwiegend unschuldige Zivilisten hingerichtet.

EINE VERFASSUNG FÜR DEN FRIEDEN

Zusätzlich zur Mittäterschaft an Völkerrechtsbrüchen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der enormen Umweltverschmutzung durch die Airbase Ramstein drängt sich die Frage auf: Ist Deutschland ein souveräner Staat? Seien es Sanktionen gegen vermeintlich missliebige Staaten wie Russland und Iran oder die Zusammenarbeit mit der konkurrierenden Supermacht China – in jeder geopolitisch wichtigen Richtungsentscheidung halten sich deutsche Politiker kniefällig an die Vorgaben aus Washington D.C. Nicht zuletzt können US-amerikanische Digitalunternehmen widerstandslos den deutschen Wirtschaftsraum abwickeln, selbsternannte US-Philanthropen die deutsche Gesundheitspolitik lenken und das US-Militär von deutschem Boden aus seinen unheil-vollen Kriegshunger stillen.

Statt dieser Verbrechen und Wahnhaftigkeit wird ein vernünftiger Mittelweg an der Seite französischer und niederländischer Oppositioneller angestrebt, die ebenso die Faxen dicke von den mafiösen Strukturen in Medien, Politik und Wirtschaft haben. Eine selbstbewusste Erneuerung Westeuropas von unten, jenseits der Ränkespiele des zwanzigsten Jahrhunderts, steht als realistische Option zur neuen Diktatur.

In dieser Woche versammelt sich die Friedensbewegung wieder vom 4. bis zum 11. Juli in der Nähe des Hauptsitzes der amerikanischen Luftstreitkräfte in Europa mit der Kampagne »Stopp Airbase Ramstein« zum jährlichen Friedenscamp. Das ausgemachte Ziel der Friedensbewegung ist die Schließung der Einrichtung. Darüber hinaus geht es an Ort und Stelle um die Frage, wie die Bundesrepublik ein friedlicher, freier, sozialer und demokratischer Staat werden wird.

⊙ Siehe auch Audio wie Artikel »Print wirkt! Sie können die Maske jetzt fallen lassen« von Hendrik Sodenkamp, Burak Erbasi und Anselm Lenz aktuell auf *KenFM.de*.



Burak Erbasi ist Bauingenieur, Hobbykünstler – und fester Chef vom Dienst in der DW-Redaktion.



URLAUB IM QUARANTÄNEGEFÄNGNIS

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Bei meinem Mallorca-Aufenthalt erfuhr ich kürzlich, dass im Hotel Bellver in Palma Hunderte Jugendliche gegen ihren Willen und mit negativen PCR-Tests gefangengehalten wurden – teilweise ohne Kontakt zu den Eltern zu ermöglichen. Das »HotelCovid« dient für sechs Monate als eines der Quarantäne-Hotels von Palma de Mallorca und hat hierfür bislang ganze 1,6 Millionen Euro erhalten. Nach einigen Tagen mit Protesten vor dem 4-Sterne Hotel, an denen ich zusammen mit lokalen Aktivisten und dem Hamburger Arzt Heiko Schöning und dem auf Mallorca lebenden Friedensaktivisten Nana Lifestyler teilnahm, wurde der Großteil der Jugendlichen am 1. Juli entlassen.

ZWANGSQUARANTÄNE KLAR RECHTSWIDRIG

Ebenfalls vor Ort war mein spanischer Anwaltskollege Luis Baenas, der die Ausgangssperre auf Mallorca gerichtlich zu Fall gebracht hat. Baenas versuchte zunächst, über einen Habeas-Corpus-Antrag die Jugendlichen freizubekommen. Er verlangte, dass diese einem Richter vorgeführt werden, der über ihre »Inhaftierung« entscheiden solle. Der Richter lehnte die Zuständigkeit ab, es handle sich um »Gesundheitsschutz«. Wenig später entschied aber dann ein Verwaltungsgericht, dass die Quarantäne der Insassen mit negativem Test rechtswidrig war. Daraufhin wurden die negativ Getesteten entlassen. Obwohl durch das Urteil des Verwaltungsgerichts die Rechtslage eigentlich geklärt war, versuchten die lokalen Gesundheitsbehörden, weitere Urlauber festzusetzen.

Tags darauf erreichte uns ein Hilferuf von vier deutschen AbiturientInnen aus einem Krankenhaus. Eine von ihnen hatte einen positiven Antigentest vor dem geplanten Rückflug, woraufhin man allen vier Schülerinnen zehn Tage Quarantäne androhte – unabhängig vom PCR-Testergebnis. Als wir im Krankenhaus eine richterliche Anordnung oder eine verbindliche schriftliche Quarantäneanordnung für die drei negativ Getesteten verlangten, wollte keiner verantwortlich sein. Die drei Damen, welche das Krankenhaus zunächst verlassen durften, warteten nach Androhung von polizeilichen Maßnahmen vergeblich auf einen »Bescheid«. Weder erschien die Polizei, noch erfolgte eine sonstige Anordnung. Die drei Abiturientinnen haben Mallorca dann (mit negativem Test) und ohne rechtswidrige Zwangsquarantäne am nächsten Tag verlassen.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen auf* nichtohneuns.de *oder* demokratischer-kalender.de!

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

Wir werden »doppelt so viele«

Vorschau | Von Anselm Lenz

24. Juli in Kassel und zugleich in 180 Städten weltweit. In Berlin werden am 1. August 2,6 Millionen entschlossene Bundesbürger erwartet.

Die Demokratiebewegung setzt dazu an, die Corona-Diktatur zu beseitigen. Der »Geist von Kassel« im März 2021 trug die Demokratiebewegung auch über »Pfingsten in Berlin« hinweg, wo das Regime das Versammlungsrecht unterdrückt hatte und ein »Plan B« vonseiten der Schweigemarschmacher schmerzlich vermisst worden war. Man hätte die Demo kurzfristig ins nahe Potsdam verlegen können. Kassel! Die Demonstration in der möglichen neuen Hauptstadt der Freien Bundesrepublik Deutschland am 24. Juli ist mit den Demokratiebewegungen in 180 Städten weltweit koordiniert.

Berlin! Führende Köpfe der Demokratiebewegung gehen davon aus, dass der 1. August 2021 das vergangene Jahr übertreffen wird. Es rufen alle Initiativen auf, darunter auch Querdenkerkopf Michael Ballweg: »Ich rechne mit mehr als doppelt so vielen Teilnehmern wie im vergangenen Jahr«, sagte er dieser Zeitung.

An der Demonstration zum gleichen Datum im vergangen Jahr nahmen Schätzungen zufolge 1,3 Millionen Bundesbürger teil. Die Polizeiangabe vom Mittag des 1. August 2020 lautete auf 800.000. Das Regime log die Zahl zunächst auf 17.000 herunter. Regierungsmedien korrigierten die politische Zahl später auf 20.000. Wochen später dann auf 30.000, was umso mehr Gelächter und zugleich Wut hervorrief. Es fehlt mindestens eine Null und damit eine Zehnerpotenz allein für die sichtbare Abendkundgebung. Noch beeindruckender als die einzelnen Millionendemos für das Grundgesetz und gegen die verfassungsbrüchige Regierung ist die Ausdauer der deutschen Demokratiebewegung. Überall im Land finden seit 28. März 2020 fast täglich Demonstrationen statt.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de — Senden Sie uns die Termine ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

10.07.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Am Sportplatz / Bernauer Str	Schilderaktion Freiheitsallee
10.07.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
10.07.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese (aktuelle Infos auf Telegram)	Autokorso
10.07.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Hochschule Hannover - Ritter-Brüning-Str.	Autokorso für Grundrechte
10.07.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
10.07.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
10.07.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo: Frieden, Freiheit, Eigenverantwortung
10.07.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Kundgebung und Aufzug
10.07.2021 14-17 Uhr	Berlin, Gehsener Str. 12	Aufzug - Genug ist genug
10.07.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft: Menschlichkeit, Frieden & Naturrechte
10.07.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
10.07.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Harras	UlliOma & Friends
10.07.2021 16-19 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Blume-Brunnen (Lange Str. 2)	Immunität für Demokratie, Freiheit, soziale Sicherheit
10.07.2021 18-19:30 Uhr (jeden Sa)	Reutlingen, Marktplatz	Lichterspaziergang, Frieden, Freiheit, und Demokratie
10.07.2021 19-21 Uhr (jeden 2. Sa)	Rheinstetten, Rappenwörthstr. 49	Abendspaziergang
10.07.2021 10-22 Uh	Berlin, überall	Tortenwurf auf Regierungsgebäude
11.07.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
11.07.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
11.07.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
11.07.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Mahnwache für Grundrechte
11.07.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Cottbus, Stadthallenvorplatz (Berliner Platz 6)	Fahrradkorso für Grundrechte (bei Regen Autokorso)
11.07.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden So)	Olching, Volksfestplatz (Toni-März-Str. 1)	Kundgebung für Grundrechte
12.07.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
12.07.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
12.07.2021 17-18 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Schilderaktion für Grundrechte
12.07.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
12.07.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
12.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
12.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßplatz/Gerichtsstr.	Demokratieflashmob
12.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Osnabrück, Rathaus	Montagsdemo
12.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm - 52.51015 N, 13.29145 E	Abendläuten
12.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Balingen, Parkplatz Sparkassen-Arena B27/B463	Autokorso für Grundrechte
12.07.2021 19-20 Uhr (jeden Mo)	Hainichen, Marktplatz	Mut-Mach-Kundgebung
12.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	München, Marienplatz	Magic Monday MediTANZion
12.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Für Grundrechte & Beendigung des Lockdowns
12.07.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustauch & Spaziergang
12.07.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Konstanzer Münster (Münsterpl. 1)	Montagsspaziergang
12.07.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
12.07.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Neubrandenburg, Marktplatz	Montagsspaziergang
12.07.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
12.07.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Rathaus - Fischmarkt 1	Spaziergang für Grundrechte
12.07.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, Rathaus - Bernauer Str.-Geigelsteinstr.	Montagsspaziergang zur gegenseitigen Vernetzung
13.07.2021 11-13 Uhr (jeden Di)	Günzburg, Wätteplatz	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
13.07.2021 18:30-19:30 Uhr (jeden Di)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Mahnwache
13.07.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg im Breisgau, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
13.07.2021 18-21 Uhr (jeden Di)	Dortmund, Parkplatz E2 Reymdamm	Autokorso für Grundrechte
14.07.2021 13-16 Uhr (jeden Mi)	Berlin, Potsdamer Pl. Ecke Ebertstr.	Mahnwache, Im Namen der Kunst
14.07.2021 18-20 Uhr (jeden Mi)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
14.07.2021 19-20 Uhr (jeden Mi)	Königsbrunn, Marktplatz am Rathaus	Kundgebung für Grundrechte
14.07.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawa-Platz - Schönfeldstr. 19	Mahnwache für Grundrechte und Ende des Lockdowns
15.07.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
15.07.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Versammlung: Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
15.07.2021 18-19:30 Uhr (jeden Do)	Murrhardt, Marktplatz vor dem Rathaus	Mahnwache
15.07.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
15.07.2021 18:30-20 Uhr (jeden Do)	Hanau, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
15.07.2021 18-21 Uhr (jeden Do)	Hagen, Am Sportpark 34	Autokorso für Grundrechte
16.07.2021 16:30-18 Uhr (jeden Fr)	Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd	Fahrrad- u. Autokorso für Grundrechte
16.07.2021 15:30-18:15 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für Frieden & Dialog
16.07.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
16.07.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Karlsplatz (oder: siehe online)	Open Mic - Demokratie leben
16.07.2021 17:30-19:30 Uhr (jeden Fr)	Berlin, Ort siehe Online	Autokorso Berlin Ost
16.07.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Balingen, Marktplatz / Stadtkirche	Frühlingserwachen für Freiheit u. Demokratie
16.07.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Weißenhorn, Rathausplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
24.07.2021 12-23:59 Uhr	Kassel, Ort folgt	World Wide Demonstration
24.07.2021 10 - 30.07.2021 18 Uhr	Stuttgart, Ort siehe Online	Bustour nach Berlin (8 Busse)
26.07.2021 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Die 4. Gewalt. Ist Journalismus unabhängig?
01.08.2021 14-15:30 Uhr (jeden 1. So im Monat)	München, Professor-Huber-Platz (gegenüber Uni)	Mahnwache für Julian Assange
01.08.2021 11:30-20:30 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo - Das Jahr der Freiheit und des Friedens
29.08.2021 12-23:59 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

Politiker aus Notwehr

Anlässlich der ersten Geburtstagsfeier der Partei Die Basis spricht der DW mit Dietmar Lucas, dem Basis-Spitzenkandidaten für die Berliner Abgeordnetenhauswahl am 26. September 2021. | INTERVIEW von Ronja Palmer

Bevor Dietmar Lucas Politiker wurde, arbeitete er als Psychologe und Psychotraumatherapeut in Münster und Berlin. *Foto: Sierafotos*

DW: Was hast du gemacht, bevor du Politiker geworden bist?
Dietmar Lucas: Ich habe viele Jahre als Psychologe gearbeitet und habe von meinen Klienten viel gelernt. Außerdem habe ich ein Buch verfasst, getanzt, Theater gespielt und Gedichte geschrieben, alles mit großem Vergnügen. Die gesellschaftliche Krise um Corona hat mich dann gezwungen, alles das zur Seite zu legen. Teils, weil die völlig aus dem Verhältnis geratenen Maßnahmen mir es unmöglich gemacht haben, und teils, weil ich meine Energie dem Protest und der Veränderung gewidmet habe. Ich bin Politiker aus Notwehr.

Was war für dich der Auslöser, dich dem Widerstand anzuschließen?
Als der Tanz verboten wurde, wurde mir klar, dass ich aufstehen und mich wehren musste. Ich habe den freien Tanz als unverzichtbaren Teil meines Lebens erfahren. Im Tanz kann ich mich vom Denken und Grübeln befreien, ich kann mich über den Körper mit mir selbst und mit anderen Menschen verbinden. Und Tanzen stärkt mein Immunsystem.

Wie erklärst du dir, dass so viele Menschen in der heutigen Zeit schweigen?
Wer Angst hat, greift nach Sicherheiten. Und die Menschen haben Angst. Nicht erst seit Corona. Angst steckt in dieser Gesellschaft wie ein Virus, gegen den es kaum ein Heilmittel gibt. Es ist die Angst vor sozialer Ausgrenzung, in anderen Ländern auch die Angst vor der physischen Vernichtung durch Hunger oder Gewalt, die uns gefügig macht. Menschen haben Angst, nicht dazu zu gehören, und spielen auch die merkwürdigsten Spiele klaglos mit.



Am 4. 7. feierte Die Basis vor dem Berliner Olympiastadion ihren einjährigen Geburtstag. Foto: privat

Wie könnte diese Angst reduziert werden?
Es erscheint mir zentral, den Unterschied zwischen einer akuten Angst, etwa vor einem Bus, der auf mich zurast und der Zukunftsangst, dass mir um jede Straßenecke ein Bus auflauern könnte, zu erkennen. Um diese Zukunfts ängste müssen wir uns kümmern. Für mich war das Unwort der letzten Monate das Wort »könnte«. Es wurden völlig haltlose Schreckensszenarien an die Wand gemalt mit der Begründung, immer »könnte« etwas Dramatisches passieren. Gegen Zukunftsängste hilft alles, was mich wieder mit genau diesem Augenblick in Kontakt bringt, denn in aller Regel ist dieser nicht bedrohlich. Ein anderer Mensch kann dabei wie ein Anker der Gegenwart sein. Gemeinsames Singen, Tanzen, Lachen, Meditieren – all das hilft. Und wohl nicht zufällig wurde uns genau das verboten.

Wie will die Basis die Basisdemokratie in eine Gesellschaft tragen, welche die Staatshörigkeit scheinbar zu ihrem Dogma erklärt hat?
Bei der Partei Die Basis beginnt die Basisdemokratie in den eigenen Reihen. Das Parteiprogramm, alle Positionen und alle Kandidaten werden von den Mitgliedern abgestimmt und gewählt. Wir sind eine Mitmach-Partei und wollen mit diesem Prinzip in die Gesellschaft hinausstrahlen. Das wird Die Basis aber nicht alleine schaffen. Dazu braucht es auch den permanenten Druck der Straße – auf den Demos werden die Forderungen der Zivilgesellschaft nach Teilhabe sichtbar und unüberhörbar. Es braucht auch eine juristische Aufarbeitung der Verfehlungen und Menschenrechtsverletzungen und eine mediale Gegenöffentlichkeit. Daneben müssen neue, menschlichere Formen des Miteinander erforscht werden und diese Erkenntnisse in ein anderes wirtschaften, heilen, lernen und eine neue Form der Kultur eingebracht werden.

Was ist deine Vision?
Ich glaube an Veränderungen durch viele kleine Schritte. Wenn dabei jeder lernt, seine eigenen Grenzen besser zu spüren, zu respektieren und nach außen zu kommunizieren, bin ich sicher, dass immer genug Energie für Veränderungen da ist. Ich stelle mir vor: In einem Jahr wird Die Basis zusammen mit sozialen Bewegungen und den alternativen Medien das Projekt Bundesweite Volksabstimmung auf den Weg gebracht haben. Dies wird begleitet von einer breiten Kampagne der Selbstermächtigung, bei der immer mehr Menschen die Erfahrung machen, dass ihre Meinung und ihr Engagement tatsächlich zählen. In fünf Jahren werden die ersten Schulen mit neuen basisdemokratischen Konzepten an den Start gegangen sein, regionales und nachhaltiges Wirtschaften wird zum Exportschlager und es gibt die ersten Erfolge dabei, Gesundheit aus den Klauen der Pharmaindustrie zu befreien.

Die Fragen stellte Ronja Palmer. Redaktion und Autorin weisen darauf hin, dass bei diesem Interview ein persönlich nahes Verhältnis gegeben ist.



Ronja Palmer studiert Sozial- und Kulturanthropologie und leitet das DW-Ressort International.

Der DW ist überparteilich und lässt Menschen und Institutionen zu Wort kommen, die sonst verfemt werden.

Zeig mir lieber, wie man tanzt!

Der rasende Reporter Clark Kent reist durch Deutschland und sorgt für Verständigung derer, die von Regierungs- und Konzernmedien absichtlich gegeneinander aufgehetzt wurden.

Eine kleine Stadt mitten in Deutschland, zwischen Frankfurt am Main und Fulda, heißt Gelnhausen und ist vielen Menschen nicht bekannt. Dort fanden zeitgleich zwei Veranstaltungen statt, die ähnliche Ziele verfolgten, aber dennoch gegeneinander arbeiteten.

Die eine Veranstaltung wurde von *Allianz pro Grundgesetz* und *Querdenken 6051* in Kooperation mit *Bruchköbel* steht auf organisiert, die mit 100 Leuten für diese Region verhältnismäßig groß war. Die andere Veranstaltung, die von Hand aufs Herz initiiert wurde, zählte etwa 70 Personen. Mit am Start waren auch der Bürgermeister Daniel Glöckner (FDP), der Landrat des Main-Kinzig-Kreises Thorsten Stolz (SPD) und weitere Parteifunktionäre. Die Rede von Thorsten Stolz hatte für mich einen üblen Beigeschmack, da er behauptete, »Querdenker« werde man auch in Zukunft nicht in die Gesellschaft eingliedern können. Sie würden die Politik verachten. Des Weiteren sagte er: »Wir haben die beste Politik auf der ganzen Welt. Natürlich gibt es Fehler in unserem System, aber insgesamt machen wir alles richtig.« Diese Worte klingen fast schon zynisch, da gleich nebenan die »Initiative 19. November Hanau« mit einem Infostand auf die Opfer der NSU und in Hanau aufmerksam machte. Bei diesem Fall sperrte man die Dokumente, die zur Aufklärung der Morde hätten beitragen können, für unglaubliche 150 Jahre weg. Im weiteren Verlauf seiner Rede verhöhnte der Landrat auch noch die *Fridays-For-Future*-Bewegung, die ebenso anwesend war.

Insgesamt war das Konzept der ganzen Zusammenkunft nicht stimmig. Das »Fest für Demokratie und Toleranz« hat Andersdenkende ausgeschlossen und gegen sie Stimmung gemacht. Weder sah man hier praktizierte Toleranz, noch eine gelebte Demokratie! Die andere Veranstaltung, »Selbstbestimmt in eine neue Zukunft«, hingegen war friedlicher Natur. Arne Schmitt, Björn Banane und Thomas der Busfahrer gaben alles, um die Stimmung hochzuhalten. Ansonsten war da noch der Punisher, Clark Kent, Superman (fällt nur mir auf, dass sich die drei sehr ähneln?) und viele andere.

Die Polizisten waren zurückhaltend und wirkten gut gelaunt. Laut eigenen Aussagen war das Wetter auch viel zu heiß, um Ärger zu machen.

Nach dieser aufmunternden Veranstaltung verschlug es mich in einen nahegelegenen Biergarten. Da haben dann die Demonstranten, die Mitarbeiter und 40 weitere Leute miteinander Sirtaki, Discofox und *Line Dance* getanzt — gleichzeitig!

Weit und breit keine spaltenden Tendenzen. Wie sagte Alexis Sorbas so schön? »Ja, mein Lieber, wie tief ist doch die Menschheit gesunken, hol's der Teufel! Man hat den Körper zum Schweigen gebracht, und nur der Mund redet noch. Aber was kann der Mund sagen?« Deshalb zeig mir lieber, wie man tanzt!



»Die Menschenrechte sind mein Leitfaden«

»Sie sind eine einmalige, zivilisatorische Errungenschaft.« | Von Hannes Henkelmann

Das Leben des Musikers, Aktivisten und Schriftstellers Elias Davidsson ist derart spannend, dass mir die Zeilen nicht reichen wollten, um alles unterzubringen. Deshalb gab ich ihm einfach ein paar Stichwörter und lauschte gespannt, was er uns zu erzählen hat.

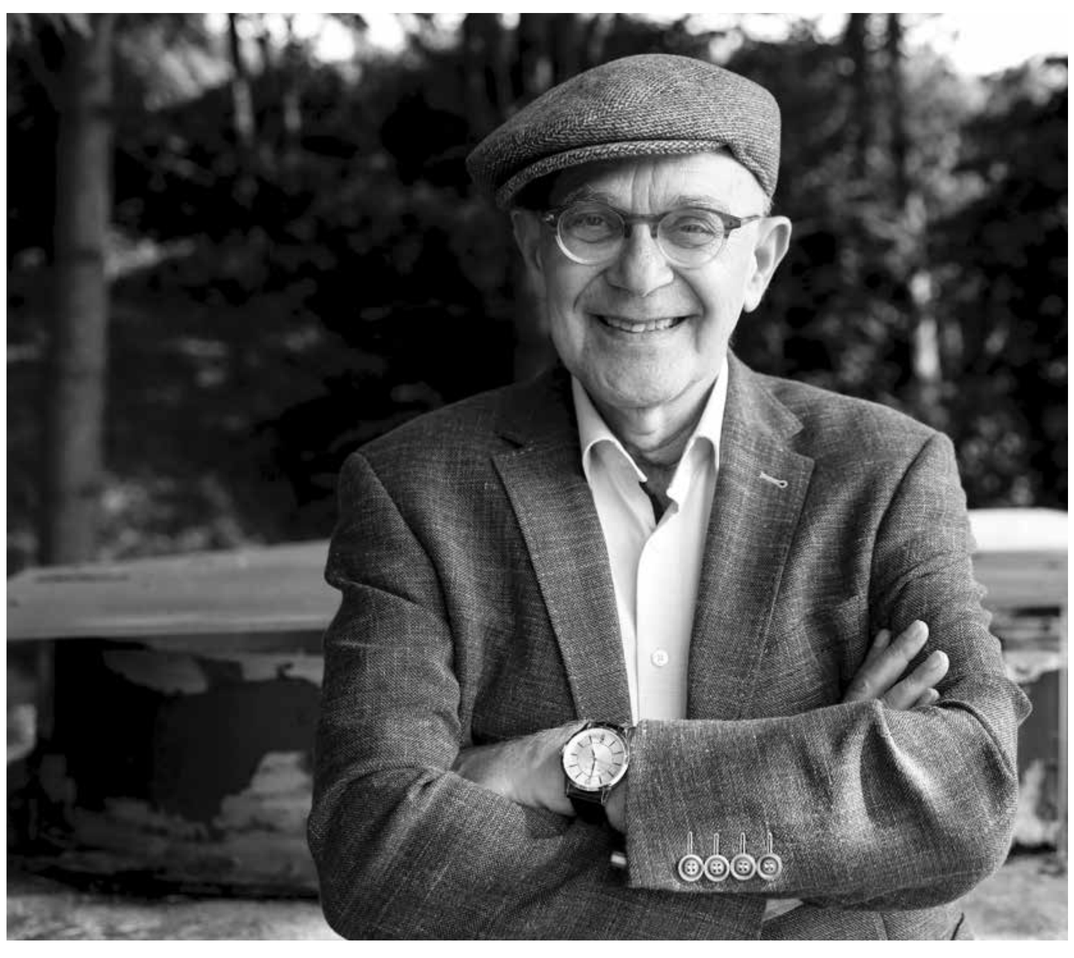


Foto: Hannes Henkelmann

Der Schriftsteller Elias Davidsson. 2018 erschien sein Investigativ-Werk »Der gelbe Bus«.

Person
Meine Name ist Elias Davidsson. Ich bin 80 Jahre alt und verheiratet. Und ich habe drei Kinder und ein Enkelkind.

Palästina
Ich bin in Palästina geboren. Meine verstorbenen Eltern kamen aus Deutschland, sind aber wegen der Verfolgung der Juden rechtzeitig ausgewandert. Meine Kindheit erlebte ich in Jerusalem, wo meine Familie in guter Nachbarschaft und Freundschaft mit Muslimen und Christen lebte. Ich sehne mich nach einer friedlichen Wiedervereinigung der Menschen in Palästina/Israel im Geist der Demokratie und der Gleichberechtigung.

Judentum
Meine Hoffnung beruht unter anderem auf der jüdischen Ethik, die Rabbi Hillel wie folgt auf den Punkt brachte: »Was dir nicht lieb ist, das tue auch deinem Nächsten nicht; das ist die ganze Gesetzeslehre.« Dieser Lehre sollten die Israelis folgen.

Island
1962 emigrierte ich nach Island, weil mich das Land bezauberte und weil ich dort meine spätere Ehefrau kennengelernt hatte. 22 Jahre arbeitete ich dort als Informatiker. In jener Zeit begann ich, mich für gesellschaftliche und politische Themen zu interessieren, und engagierte mich auch in der isländischen Friedensbewegung. Die Vorbereitungen zum ersten Golfkrieg und die verheerenden Wirtschaftssanktionen gegen die Bevölkerung des Iraks brachten mich zum intensiven Studium der Menschenrechte sowie des Völkerrechts. Hierzu veröffentlichte ich einige Beiträge in juristischen Zeitschriften. Seitdem sind die Menschenrechte mein Leitfaden.

9/11
Als ich 2002 entdeckte, dass die offizielle Darstellung der Anschläge vom 11. September 2001 viele Ungereimtheiten aufwies, begann ich mit einer gründlichen Untersuchung der Anschläge. Diese ließ später nur den Schluss zu, dass es eine staatliche Operation war. Zudem musste ich mein Bild von der UNO revidieren, denn diese hatte am 12. September 2001 im Sicherheitsrat ohne jegliche Begründung den USA grünes Licht für einen Angriffskrieg gegen beliebige Ziele gegeben. Meine Versuche, zur Aufklärung von 9/11 beizutragen, bezahlte ich mit einer unerträglichen gesellschaftlichen Ausgrenzung. Diese veranlasste mich dazu, 2008 nach Deutschland auszuwandern. Seitdem habe ich drei Bücher zum Thema 9/11 veröffentlicht.

Corona
Aufgrund meiner Erfahrung mit verdeckten Staatsoperationen vermutete ich schon frühzeitig, dass bei den Corona-Maßnahmen wieder gelogen wurde. Langsam erkannte ich auch Parallelen zwischen 9/11 und der Corona-Politik: Erstens die riesige Propagandamaschinerie. Zweitens der politische Nutzen der beiden Krisen. Drittens die Tabuisierung des Hinterfragens eines offiziellen Narrativs. Viertens die Unsichtbarkeit des jeweiligen Feindes, damals die Terroristen, heute die Viren. Es gibt aber auch einen wesentlichen Unterschied: Die Propaganda um 9/11 beschränkte sich darauf, die Einstellungen der Bevölkerung zu beeinflussen, während es den Corona-Propagandisten um die systematische Konditionierung des menschlichen Verhaltens im pawlowschen Sinne geht. Und das auf globaler Ebene. Sobald Menschen ihr Verhalten ändern, tendieren sie dazu, ihr Verhalten als normal zu empfinden und es zu rechtfertigen. Deshalb erwarte ich auch, dass viele Menschen nicht mehr zu ihrem vorherigen Verhalten zurückkehren wollen.

Widerstand
Mein Beitrag zum Widerstand gegen die gegenwärtigen Lügen und Unterdrückungsmaßnahmen um Corona ist eher bescheiden. Ich vertreibe sogenannte Coronen-Geldscheine, die als ein humorvoller Aufklärungsversuch gut ankommen. Und ich sende manchmal Briefe an Behörden, die diese aber – in guter deutscher Tradition – nicht beantworten. Meine Beiträge zur Gesellschaft sehe ich in erster Linie in meinen Forschungen zu den verdeckten staatlichen Verbrechen. Diese werfen fundamentale Fragen über die Natur des Staates, der Justiz und der Gesellschaftsordnung auf.

Vision
In der Theorie sollte der Staat dem Volk dienen. Nur leider hat der sich verselbstständigt. Die Frage lautet deshalb: Wie kann das Volk den Staat zügeln? Ausgerechnet im Iran bekam ich dafür Anregungen. Denn dort wählt die Bevölkerung einen ständigen Wächterrat von 85 Gelehrten, deren Aufgabe es ist, den höchsten Ajatollah zu kontrollieren. Dieser muss gerecht, ehrlich, kompetent und mutig arbeiten. Das wäre auch bei uns ein Schritt in Richtung Demokratie: eine direkt gewählte Ethikkommission, die nur Kandidaten zur Bundestagswahl zulässt, die integer sind und die diese später im Bundestag ständig kontrolliert.

Briefe an die Redaktion

PROTESTKULTUR
Nach Teilnahme an etwa zwölf Demos für Grundrechte in 2020/21, von denen etliche (insbesondere in Hannover) als von Polizei- und Behördenwillkür gegängelte »Käfighaltungsdemos« unter Totalausschluss einer gegebenenfalls interessierten Öffentlichkeit bezeichnet werden müssen, stehe ich der deutschen Spezialität der »angemeldeten Demos« äußerst skeptisch gegenüber. Wie lange will sich die Bewegung das noch bieten lassen? Davon abgesehen bleibt Friedlichkeit, ganz gleich welche Form die politische Artikulation des freien Bürgerwillens zukünftig annehmen wird, oberstes Gebot. – Andreas A.

LIEBLINGSZEITUNG
Ich habe noch nie in meinem Leben, in dem ich viel gelesen habe, eine Zeitung so gerne gelesen, wie die, die Ihr auf die Beine gestellt habt. Keinen einzigen Artikel möchte ich versäumen und höre nicht auf, auf diese Zeitung aufmerksam zu machen. Und ich hoffe auch, dass die Menschen beim »Verfassungsschutz« ebenfalls aufmerksam mitlesen, denn das könnte für sie erhellend sein. Sie könnten erkennen, wer die tatsächlichen Staats- beziehungsweise Verfassungsfeinde sind, nämlich die, die in der Regierung sitzen und die den ganzen Hofstaat für die Zerstörung dieses Landes nutzen, Steuergelder veruntreuen und unser Grundgesetz mit Füßen treten. Auch ich würde es mehr als begrüßen, wenn das Thema 5G thematisiert werden würde. Warum nur wurde der 5G-Ausbau gerade jetzt in der Krise so vorangetrieben, während viele Menschen ganz andere Sorgen haben? Könnte es sein, dass 5G DIE Schlüsseltechnologie für die »Neue Normalität« ist, für die Totalüberwachung in Echtzeit? Ja, ich bin davon überzeugt. Denn die Technokratie mit Totalüberwachung und die Nutzung intimster Daten durch die »Behörden« ist vom US-Imperium für die ganze Welt lange schon geplant.

RÜCKKEHR DER STASI-STRUKTUREN
Danke für ihre Aufklärungsarbeit und die vielen guten Artikel. Hier ein Zitat der DDR-Bürgerrechtlerin und Malerin Bärbel Bohley aus dem Jahr 1990, das uns unsere gegenwärtige Realität vor Augen hält: »Alle diese Untersuchungen, die gründliche Erforschung der Stasi-Strukturen, der Methoden, mit denen sie gearbeitet haben und immer noch arbeiten, alles das wird in die falschen Hänge geraten. Man wird diese Strukturen genauestens untersuchen – um sie dann zu übernehmen. Man wird sie ein wenig adaptieren, damit sie zu einer freien westlichen Gesellschaft passen. Man wird die Störer auch nicht unbedingt verhaften. Es gibt feinere Möglichkeiten, jemanden unschädlich zu machen. Aber die geheimen Verbote, das Beobachten, der Argwohn, die Angst, das Isolieren und Ausgrenzen, das wird wiederkommen. Man wird Einrichtungen schaffen, die viel effektiver arbeiten, viel feiner als die Stasi. [...]« (Zitat v. Bärbel Bohley) – Berthold E.

JAHRESABO DES DEMOKRATISCHEN WIDERSTANDS
Dies ist die 54. Ausgabe des Demokratischen Widerstand. Die Zeitung erscheint seit dem 17. April 2020 wöchentlich. Immer fünf Ausgaben, dann eine Woche Pause zur Erholung und Recherche. Da es trotz der unzählbar vielen und teils riesigen Demonstrationen und über 15 Millionen gedruckter Exemplare dieser Zeitung nicht danach aussieht, dass sich die Regierung sehr bald von ihrem verfassungsbrüchigen Kurs in die Konzern-Diktatur abbringen lässt, wollen wir diese Zeitung auf Dauer herausbringen. Das Internet wird zensiert, Beiträge werden gelöscht. Das gedruckte Wort bleibt.
Auf der Internetseite *demokratischerwiderstand.de* können Sie ein Abonnement dieser Zeitung für ein Quartal oder ein Jahr abschließen.



Die »Ritter« des US-amerikanischen Imperiums sind bereit, die Welt in Schutt und Asche zu legen.
Kunstcollage: Jill Sandjaja

Die treuen Vasallen der untergehenden Weltmacht

EU-Politiker klammern sich bei geostrategischen Entscheidungen an die USA, statt einen souveränen Weg einzuschlagen. | Von Hermann Ploppa



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Uns wurde immer gesagt: Je enger die Länder und Völker wirtschaftlich miteinander verzahnt sind, umso geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Kriege entstehen. Die Hemmung, ein anderes Land zu bombardieren, wird größer, wenn ich im bombardierten Land auch eine schöne feine Fabrik habe, die dann kaputtgehen würde...

Nun, die Geschichte hat gezeigt, dass dieses Credo mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. Dass US-amerikanische Konzerne große Anteile an Fabriken in Nazi-Deutschland hatten, hinderte sie nicht daran, die nazi-deutsche Wirtschaft zu bombardieren. Die neoliberale Doktrin der friedenstiftenden Wirkung des eng verzahnten Weltmarktes verkennt zudem, dass wirtschaftliche Aktivitäten im Kapitalismus grundsätzlich auch den Vernichtungskrieg gegen Konkurrenten bis zu deren Auslöschung bedeuten. Schwächere Staaten werden komplett zerstört, um sodann deren Rohstoffe nahezu kostenlos außer Landes bringen zu können. Staaten auf gleich hoher Entwicklungsstufe bekämpfen sich, indem die wirtschaftliche Schlagader des Kontrahenten abgedrückt wird. Im Ersten Weltkrieg konnte Großbritannien als Herrscher der Weltmeere seinem Gegner Deutschland die Zufuhr amerikanischen Getreides durch Blockaden absperren.

Sanktionen gehören dauerhaft zum Arsenal im Wirtschaftskrieg. Und der Wirtschaftskrieg tobt dauerhaft. Der freie, friedliche Welthandel ist eine reine Fiktion. In den 1950er Jahren versuchten die USA, ihrem »Verbündeten«, der Bundesrepublik Deutschland, durch das sogenannte Röhren-Embargo die profitable Belieferung der Sowjetunion mit hochmodernen Mannesmann-Röhren zu untersagen. Der Röhren-*Deal* wäre für die Bundesrepublik die Voraussetzung gewesen, um billiges russisches Öl und Gas beziehen zu können. Das hätte die Geschäfte der US-Ölkonzerne beeinträchtigt.

So gleichen sich die Bilder. Denn bis vor Kurzem wollten die USA mithilfe der Androhung massiver Sanktionen die Rohstoff-Abmachungen mit Russland, das sind die Nordstream-*Pipelines,* verhindern. Stattdessen sollen die Deutschen teures amerikanisches *Fracking*-Gas kaufen, dies unter flagranter Verletzung aller Umweltschutzregeln: nämlich mit hochgiftigen Chemikalien, um die letzten Tropfen Fossilstoff aus dem amerikanischen Boden zu quetschen. Nun hat gerade US-Präsident Joseph Biden signalisiert, man werde nicht länger Nordstream 2 verhindern.

DIE SUPERMACHT AUF DEM ABSTEIGENDEN AST

Mag auch in diesem Fall die Vernunft in Washington die Oberhand gewonnen haben, ist nicht zu übersehen, dass die massiven Machtverschiebungen auf diesem Globus den Wirtschaftskrieg intensiviert haben. Die USA sind nicht mehr der unangefochtene Platzhirsch. China, Russland und Indien erheben sich aus dem Unterholz und fordern den Platzhirsch ungeniert heraus. Die Regierung Trump versuchte durch blanke Gewalt, jenen Potenzverlust der US-Wirtschaft aufzuhalten.

China wurde als neuer Feind ausfindig gemacht, der sich auf Kosten der USA gestärkt habe. Was natürlich Realitätsflucht pur ist. Denn China hatte jahrzehntelang als Subunternehmer der USA die eigene Wirtschaft aufgebaut. Es besteht nach wie vor eine enge Symbiose zwischen den USA und China. Also versuchte Trump, Chinas Partner zu schwächen. Die Europäer wollte man zum Beispiel daran hindern, mit dem Iran weiterhin Geschäfte zu machen. Die Europäer scheuten sich jedoch, diesen kriegerischen Akt der USA mit gleicher Münze heimzuzahlen. Sie gründeten Instex. Tauschgeschäfte zwischen Europa und dem Iran sollten die Geldkontrolle der USA umgehen. Instex, die in Frankreich ansässige Zweckgesellschaft »zur Unterstützung von Handelsaktivitäten mit dem Iran«, wurde jedoch bis heute nicht in großem Maßstab in Anspruch genommen.

DEUTSCHE UNTERNEHMEN UNTER DEM JOCH DER USA

Besonders deutsche Unternehmen werden durch die ständigen Sanktionen und Sanktionsdrohungen der USA massiv geschädigt, was aber die Nibelungentreue der deutschen Regierung gegenüber Washington in keiner Weise beeinträchtigt. Dabei ist China jetzt schon seit sechs Jahren der mit Abstand wichtigste Handelspartner Deutschlands. Das Handelsvolumen mit China betrug im letzten Jahr 212,7 Milliarden Euro. Zweitwichtigster Handelspartner Deutschlands: die Niederlande mit 172,4, erst an dritter Stelle die USA mit 171,5 Milliarden Euro für 2020.

Immer wieder wird Deutschland von den USA mit vorgeschobenen Argumenten daran gehindert, mit eigenen Geschäftsaktivitäten voranzugehen. Angebliche Verletzungen internationaler Atomabkommen mussten dafür herhalten, die Geschäfte mit dem Iran herunterzufahren. Betrug das Handelsvolumen im Jahre 2012 4,51 Milliarden Euro, so waren es im Jahr 2020 nur noch 1,82 Milliarden Euro. Die sogenannte Krim-Krise wiederum drückte das Handelsvolumen zwischen Russland und Deutschland von 80,8 Milliarden im Jahre 2012 auf aktuell 44,97 Milliarden Euro. Seltsamerweise konnte Russland zur gleichen Zeit die Einfuhr von Ölprodukten in die USA signifikant steigern.

EUROKRATEN LEIDEN AM STOCKHOLM-SYNDROM

Anstatt europäischer Emanzipation unterstellen sich alle verantwortlichen Instanzen in Brüssel und Berlin noch mehr als sonst den amerikanischen Herren. Und die Medien werden dabei unverkennbar gleichgeschaltet für undifferenzierte antirussische und antichinesische Kampagnen. Zudem soll für den kommenden Herbst eine neue Strategie im Umgang mit Sanktionen von Drittländern erstellt werden. Es handelt sich um alle Staaten, die nicht dem US-Orbit angehören. Der im Jahre 2007 gegründete *European Council on Foreign Relations* (ECFR) hat dafür ein Strategiepapier veröffentlicht, um ein *Anti-Coercion-Instrument* (ACI) zu entwickeln, also ein »Anti-Zwangsmaßnahmen-Werkzeug«. Man wollte sich nicht länger von Drittländern zu etwas zwingen lassen. Die Strategen haben eine Reihe von Lücken entdeckt, durch die es vLändern wie China gelungen ist, effektiv auf westliche Sanktionen zu reagieren. China hat zum Beispiel auf Sanktionen gegen das 5G-Netz von Huawei mit Drohungen gegen deutsche Autohersteller reagiert. Die chinesische Bevölkerung wurde aufgefordert, westliche Modeprodukte zu boykottieren. E-Handels-*Apps* westlicher Anbieter in China verschwanden einfach aus dem Netz. Wie wir wissen, sind das alles Dinge, die natürlich bei uns im freien Westen niemals vorkommen. Aber wenn China das macht, ist das aus Sicht der Eurokraten unseriös und unzuverlässig. Es ist nicht »regel-basiert«. Die Regeln bestimmen nämlich einzig und allein die Länder des angloamerikanischen Orbits. Und das Strategiepapier des ECFR lässt keinen Zweifel, dass Europa und die USA »auf derselben Seite stehen in dieser Schlacht«.

Es ist höchste Zeit, dass sich endlich einmal politische Parteien und politische Gravitationszentren in Deutschland aufraffen, für eine unabhängige, blockfreie Außen- und Handelspolitik ohne Wenn und Aber einzutreten.

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN

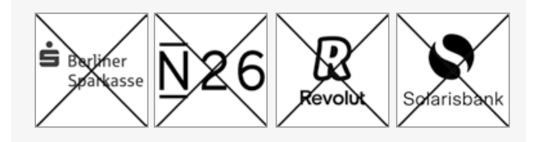


3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt

Da die großen Plattformen wie *Youtube, Facebook* und *Google* Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
reitschuster.de | rubikon.news
corodoks.de | corona-ausschuss.de
klagepaten.eu | mutigmacher.org
kenfm.de | multipolar-magazin.de
aerztefueraufklaerung.de

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:





ZEITUNGSWUNDER 20/21: Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 560.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 15 Millionen in 54 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N°24 vom 24. Oktober 2020.

JAHRESABO 2021 ABSCHLIESSEN: demokratischerwiderstand.de

»Wir müssen dichtmachen.«

Nach 17 Jahren müssen sie ihren Taschenladen aufgrund der verheerenden Corona-Politik schließen: Antje Strubelt und Heiko Braun. »Seit Februar 2020 haben wir fast nichts mehr verkauft. Durch die Reisebeschränkungen sind uns die Touristen weggebrochen, die zu unseren Hauptkunden gehörten«, so Antje Strubelt. Kein Wunder: Der *tausche-Laden* ist eine Berliner Institution und die Taschen, deren Deckel sich beliebig tauschen lassen, waren ein beliebtes Berlin-Souvenir.

Durch den *Lockdown* und die politisch verordneten Einschränkungen blieb zudem die einheimische Kundschaft weg. Dazu Antje Strubelt: »Während wir vor den Maßnahmen um die drei bis zehn Taschen pro Tag verkauften, war es dann im Schnitt nur noch eine pro Woche. Das reichte nicht mal für die Ladenmiete.«

»Die Überbrückungshilfen konnten den Verlust nicht auffangen. Wir brauchen keine Almosen, sondern Umsatz«, ergänzt Heiko Braun. »Vor den Maßnahmen hatten wir keinen Tag ohne Umsatz, seit den Maßnahmen waren Tage ohne Umsatz die neue Normalität. Dass wir unseren Laden im Kiez jetzt dichtmachen müssen, macht uns traurig und wütend.« Ab sofort gibt es die Taschen nur noch im Internet. Zwei Motive sind topaktuelle Renner: die Grundrechte und die Friedenstaube. (cko)

Siehe *www.tausche.de*



Aus Stadtbild und Gesellschaft gedrängt: Die Betreiber Heiko Braun und Antje Strubelt. Foto: oracle films

MELDUNG

WENIGER SOZIALWOHNUNGEN

Berlin/DW. Die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland hat im Jahr 2020 um rund 26.000 abgenommen. Damit sind laut *tagesschau.de* rechnerisch täglich 72 Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen, die bezahlbare Mietpreise garantieren soll. Kanzlerin Merkel und die Regierungskoalition hatten 2017 eine Lösung der Wohnprobleme versprochen. Für das Jahr 2020 sind infolge der Abnahme noch 1,13 Millionen Sozialwohnungen verzeichnet. Mietpreisbegrenzte Wohnungen gelten als Möglichkeit, extreme Marktwucherungen zu bremsen – nach Vorbild des Wohnungsbaus der Stadt Wien. Die BRD-Wuchermieten führen laut Mietrechtlern dazu, dass für die Kaltmiete teils mehr als 15 Prozent des Monatseinkommens abgeliefert werden muss. Das Gros der deutschen Mietwohnungen wurde vor mehr als vier Jahrzehnten errichtet. (jro)

HIMMLER LEITET DAS ZDF

Mainz/DW. »Nun wird Himmler der Nachfolger von Thomas Bellut.« Das meldete die Gazette *taz* Anfang Juli. Der neue Leiter des Medienkonzerns *Zweites Deutsches Fernsehen* (*ZDF*) wurde vom umstrittenen *ZDF*-Rundfunkgremium aus 60 Vertretern des Parteien-, Polit-, Staatskirchen- und Wirtschaftsklüngels ernannt. »Medienmanager« Norbert Himmler setzte sich demnach in der Entscheidungsrunde gegen die *ARD*-Regierungsmoderatorin Tina Hassel durch, die von der Regierungspartei SPD ins Rennen geschickt worden war. Nach der üblichen Klüngelrunde nach Vorbild der Bilderberger zog Hassel ihre Kandidatur vor dem letzten Wahlgang zurück. Vor den Absprachen werden regelmäßig redaktionelle Eingriffe und Pfründeverteilung verabredet. Himmler beeindruckte bei der Konferenz mit seinem Slogan: »Ein ZDF für alle.« Laut Statista setzte das *ZDF* im Jahr 2018 rund 2,2 Milliarden Euro aus der Propagandapauschale um. (ale)

SEINE HOHEIT KÖNIG JEFF BEZOS DANKT AB

Amazon-Alleinherrscher verlagert seine Befugnisse. Die ergebenen Hofchronisten der Mainstream-Presse überschlagen sich in Unterwürfigkeit. | Von Hermann Ploppa

Haben Sie schon mal erlebt, dass der Straßenbahnschaffner Peter Jedermann nach einem arbeitsreichen Leben in Rente geht – und alle Presseorgane über diesen hochverdienten Wechsel eines anständigen Mannes in den Ruhestand berichten? Natürlich nicht. Alle Schweine sind gleich, jedoch einige Schweine sind gleicher.

Wenn Jeffrey Preston Jorgenson alias Jeff Bezos nach 27 Jahren an der Spitze des von ihm gegründeten *Online*-Versandhauses Amazon sich aus dem operativen Geschäft als »CEO« verabschiedet und als geschäftsführender Vorsitzender des Verwaltungsrats von nun an eine ruhige Kugel schiebt, dann stehen alle Presseorgane des freien Wertewestens stramm und belobigen pflichtschuldigst den »größten Unternehmer unserer Zeit«.

So titelt das durchaus ehrenwerte *Handelsblatt* in seiner aktuellen Wochenendausgabe und stellt auf gefühlten zehn Seiten immer neue Rekorde im Huldigen auf. Im Feudalismus gab es die Literaturgattung der Panegyrik. Bezahlte Hofschranzen bekamen Goldtaler dafür, ihren Herrn so positiv wie möglich darzustellen. Und *Handelsblatt*-Chefredakteur Sebastian Matthes singt zur Harfe: »Mit seinem *Managementstil* hat Bezos eine ganze Generation von Führungskräften geprägt. Seine Formel: kompromisslose Kundenorientierung, Reinvestieren aller Gewinne, Nonchalance gegenüber den Begehrlichkeiten des Kapitalmarkts – und, ja, auch Härte.«

Und während sich die Aldi-Könige auf ihrem billigen Käse ausruhen, tritt Bezos im Hollywood-Schinken »Star Trek« als Horror-Alien auf und wird noch in diesem Sommer mit seinen *Blue-Origin*-Raketen superreiche Touristen ins Weltall schießen – vermutlich mit Rückreiseoption. Bisweilen wirkt Bezos schon selber wie eine Computeranimation. Irgendwie transhumanistisch. Und während die *Mainstream*-Presse über König Bezos I. grundsätzlich nur Gutes zu künden weiß, wollen wir einen gewissen Ausgleich schaffen und ein paar Fakten zum Vortrag bringen, die der gnädige Herr der Internet-Versandpakete sicher nicht so gerne hört.

STEUERTRICKSER ZERSTÖRT EINZELHANDEL

Die Finanzbeamten dieser Erde bekommen nämlich regelmäßig einen gehörigen Adrenalinschub, wenn sie den Namen »Bezos« vernehmen. So wagte die Europäische Union, Mister Bezos im Jahre 2014 untertänigst daran zu erinnern, dass er der Solidargemeinschaft der Steuerzahler für die Jahre 2006 bis 2014 250 Millionen Euro nachzuzahlen habe. Nun wissen wir alle, dass die Corona-Hysterie die Menschen dazu zwang, ihren Bedarf an nicht essbaren Gütern hauptsächlich über *Online*-Versandhäuser zu decken.

Tatsächlich konnte Amazon im Jahre 2020 seinen Umsatz in Deutschland um 33 Prozent steigern auf nunmehr 24,7 Milliarden Euro. Europaweit setzte Amazon im Corona-Jahr 2020 44 Milliarden Euro um. Das ergäbe ja eine erkleckliche Steuereinnahme für den europäischen Fiskus. Ja, wenn nicht Amazon seinen Firmensitz in Luxemburg hätte. Und der Graf von Luxemburg lässt es zu, dass Bezos sich als nackter Mann präsentiert, der sage und schreibe 1,2 Milliarden Verlust geltend macht! Also beschenkt das Finanzamt Mister Bezos für 2020 mit einer Steuergutschrift in Höhe von 56 Millionen Euro, die bei zukünftigen Gewinnmeldungen abgezogen werden können.

Da befindet sich Bezos in guter Gesellschaft. Denn die *Fair Tax Foundation* (Gerechte-Besteuerungs-Stiftung) schätzt, dass die großen internetbasierten Konzerne Amazon, Facebook, Google, Netflix, Apple und Microsoft auf diese Tour in den letzten zehn Jahren etwa schlappe einhundert Milliarden Euro Steuern unterschlagen haben.

Auch die Gewerkschaften lieben Mister Bezos nicht. Der Internationale Gewerkschaftsbund widmete im Jahre 2014 Bezos einen ganzen Kongress und wählte ihn zum »Schlechtesten Boss der Welt«. IGB-Chefin Sharan Burrow findet, dass Amazon seine Mitarbeiter wie Roboter behandelt. Tariflohn? Unbekannt. Bezos lässt seine Leute durch das firmeneigene *Global Security Center* beaufsichtigen und disziplinieren. Die berüchtigte Firmendetektei Pinkerton platziert Agenten in der Belegschaft. Die Mitarbeiter trauen sich nicht aufs Klo, weil auch die Länge der Notdurft genau registriert wird. Trotzdem haben die tapferen Kolleginnen und Kollegen im Amazon-Betrieb in Bad Hersfeld durch unermüdlichen Arbeitskampf immerhin einen Betriebsrat durchsetzen können.

Besondere Verdienste gelangen dem Amazon-Mitarbeiter Christian Krähling mit einer intelligenten und geduldigen Strategie, die Lage der Amazon-Arbeiter zu verbessern. Leider verstarb Krähling am 10. Dezember 2020 plötzlich und ohne Vorerkrankungen an seinem 43. Geburtstag. Mögen die anderen Zeitungen Jeff Bezos belobigen bis über jede Schamgrenze hinaus. Wir vom *Demokratischen Widerstand* würdigen stattdessen Christian Krähling und die mutigen Amazon-Mitarbeiter.

Weltweit gegen das Regime

Einblick in eine internationale Organisation, die sich mit Mut und Aufklärung einem demokratiefeindlichen Regime entgegenstellt. | Von Monica Felgendreher

Die *World Freedom Alliance*, die weltweite Freiheitsallianz, ist eine *Non-Profit*-Organisation. Seit Oktober 2020 baut sie ein internationales Netzwerk auf, um Friedens- und Freiheitskämpfern eine Plattform zur Zusammenarbeit zu bieten und gemeinsam für Grundrechte und Wahrheit einzustehen. Menschen aus aller Welt haben hier die Gelegenheit, sich eigenverantwortlich und zusammen mit Experten für eine friedlichere und lebenswertere Zukunft zu engagieren.



Bei der World Freedom Alliance-Gründung im November 2020 in Stockholm *Foto: oracle films*

Die offizielle Geburt der WFA verkündete die Vorsitzende Maneka Helleberg am 1. November 2020 auf der ersten Großdemo in Stockholm. Jetzt im Juli 2021, nur acht Monate später, ist das Freiheitskind bereits beachtlich gewachsen – mit Vertretern auf fast allen Kontinenten dieser Erde.

»JEDER KANN SICH FRAGEN, WAS ER BEITRAGEN KANN«

Unter den Mitgliedern befinden sich Menschen aus vielen Berufs- und Altersgruppen: Eltern, Rentner, Studenten, Ärzte, Wissenschaftler, Anwälte und viele mehr. Was die Gruppen vereint, ist, dass sie politisch aktiv geworden sind, nachdem sie erkannten, dass ein massiver Demokratieabbau stattfindet, wenn demokratische Debatten verboten werden, Politiker statt Ärzte bestimmen, was für die Gesundheit das Beste ist, und pharmazeutische Notzulassungen als einzige Rettung der Menschheit mit großem Werbebudget verkauft werden.

Die Mitglieder der WFA organisieren sich hauptsächlich über *Zoom-Meetings*. Dort tauschen sie ihr Wissen aus, informieren sich gegenseitig über die aktuelle politische Lage in ihren jeweiligen Ländern, planen Vorträge, Veranstaltungen und Protestaktionen und geben sich gegenseitig Mut. Auf der Webseite der WFA (*worldfreedomalliance.org*) kann man sich über Neuigkeiten und Aktionen der einzelnen Fokusgruppen informieren.

Zu den Aktivitätsfeldern zählen die Gruppen Recht, Gesundheitswissenschaften und Medizin sowie Aktivismus. Sie erarbeiteten zum Beispiel zusammen mit dem Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie Sucharit Bhakdi, der Initiative *Doctors for Covid Ethics* und dem Rechtsanwalt Reiner Fuellmich einen Haftungsbescheid, der 30.000 praktizierenden Ärzten in Deutschland zugeschickt wurde. Darin informierten sie die Ärzte, dass sie für Schäden und Todesfälle persönlich haftbar gemacht werden können, und erinnerten sie an ihren ärztlichen Eid, der sie dazu verpflichtet, sich umfassend zu informieren, um die Gesundheit der Menschen zu schützen.

Zahlreiche ähnliche Haftungsbescheide wurden auch persönlich von Vertretern der WFA an Medienhäuser, Gesundheitsämter und Parlamente überbracht. Die Dokumente können auf der Website der WFA heruntergeladen werden. Es wurden außerdem von der *EU citizens initiative* Helfer mobilisiert, um mit Massenbriefen und *Social-Media*-Kampagnen Mitglieder des EU-Parlaments persönlich über die verheerenden Folgen für unsere Gesundheit, Freiheit und Demokratie aufzuklären, sollten sie für die Einführung eines digitalen Impfpasses abstimmen.

Die Menschen in der WFA haben das Ziel, »gemeinsam darüber nachzudenken, wie eine bessere Welt aussehen kann, eine, auf die wir stolz sein können« – so Nigel Utton aus London, der bei der WFA für den Bereich Bildung und für die Vernetzung mit Großbritannien zuständig ist. Die zentrale Botschaft der WFA ist: Jeder einzelne Mensch zählt und kann etwas bewirken, egal wie viel Zeit er investieren möchte. Jeder kann sich fragen, was er für eine bessere Welt beitragen kann. Es geht darum, zu erkennen, dass nur gemeinsam eine Veränderung herbeigeführt werden kann. Die belgische Journalistin Senta Depuydt bringt es auf einer Demo im November in Kopenhagen auf den Punkt: »Wir wecken die Welt gemeinsam auf!«

Ein gestörter Sommer in Österreich

Impfregime der Bundesregierung, durchgeknallte SPÖ-Politik in Wien und die Lage des Widerstandes. | Von Eric Angerer

Große Teile der Bevölkerung tragen die Corona-Repressalien immer weniger mit. Deshalb gab es zuletzt etliche »Lockerungen«, etwa bei der Maskenpflicht. Damit soll wohl den Menschen wieder etwas Luft gelassen werden, um sie so langsam an die »neue Normalität« heranzudressieren. Es bleibt das zentrale »Projekt«, nämlich der Impfdruck, insbesondere auf Firmen und Jugendliche.

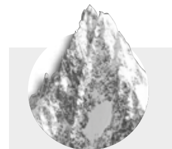
WAHNWITZIGE SPÖ IN WIEN

Nachdem die Sozialdemokratie der Hauptstadt schon zuletzt als besondere Scharfmacherin agiert hatte, hat sie seit Anfang Juli 2021 regional neue Schikanen verordnet. Eintrittstests sind in Wien nun auch bereits für Sechsjährige verpflichtend. Überdies gelten nur noch Tests unter Aufsicht, also in Apotheken oder Teststraßen. Das bedeutet, dass sich die Kinder in den Ferien vor jedem Schwimmbadbesuch für einen Test anstellen müssen. In der Praxis richtet sich das in erster Linie gegen Kinder aus der Arbeiterklasse, die keinen Kleingarten und kein Wochenendhaus mit Pool haben. Die Empörung über diese Maßnahme ist unter vielen Menschen groß.

FORMEN DES WIDERSTANDES

Erst Anfang Juni hatte in Wien eine Demo gegen den indirekten Impfzwang stattgefunden. Mit Tausenden Teilnehmern war sie einigermaßen groß. Die Hauptform des Widerstandes ist aber aktuell der zivile Ungehorsam, also die Nichteinhaltung der politischen Verordnungen. Vor allem auf dem Land beteiligt sich daran der Großteil der Bevölkerung, in den Städten dagegen ist der Anteil der Obrigkeitshörigen höher.

Anfang Juli gab es im Wiener Prater wieder eine kleinere Kundgebung der linken Plattform »Grundrechte und Demokratie«, auf der unter anderem die Historikerin Andrea Komlosy und der Musikveranstalter Udo Preis Vorträge hielten. Letzterer spielt eine zentrale Rolle bei der Initiative »Plattform RESPEKT«, die in vielen Städten Widerstandsforen mit Hunderten von Teilnehmern organisiert.



Eric Angerer ist studierter Historiker und politischer Aktivist in Österreich.

MELDUNG

BUNDESWEHR MISSACHTET MENSCHENRECHTE

Berlin/DW. Die Präsenz von Bundeswehr-Truppen in Mali rückte unlängst in den medialen Fokus. Ursache war ein Selbstmordattentat in dem westafrikanischen Staat, bei dem auch zwölf Bundeswehrsoldaten verletzt wurden. Seit Jahren befindet sich Mali, eine ehemalige Kolonie Frankreichs, in einer politischen Krise. Medienberichten zufolge sorgen islamistische Gruppierungen für Unruhen. 2012 kam es zum ersten Militärputsch, zwei weitere folgten 2020 und 2021.

Seit 2012 unterstützt Frankreich die malischen Putschisten, unter anderem in Form der Militäroperation Barkhane, welche die »Bekämpfung des transnationalen, islamistischen Terrorismus« postuliert. Indessen wird selbst in einem Bericht des *Deutschlandfunks* vermutet, die wahre Motivation seien Malis Bodenschätze. Es gibt massive Proteste vonseiten der Bevölkerung gegen die französische Militärpräsenz. Seit 2013 läuft zudem unter dem Namen MINUSMA eine Militärmission der Vereinten Nationen. Darunter sind auch etwa 1.100 deutsche SoldatInnen. Es handelt sich um den derzeit größten Auslandseinsatz der deutschen Armee. Im Mai stimmte der Bundestag für eine Verlängerung des Bundeswehr-Mandats bis zum 31. Mai 2022.

Auf ihrer Netzseite bezeichnet die Bundeswehr das »deutsche Engagement« als Friedenseinsatz. BeobachterInnen werfen den von Deutschland, Frankreich und weiteren Nationen ausgebildeten malischen Soldaten allerdings zahlreiche Menschenrechtsverletzungen vor. (rop)

SOLIDARISCHE GLÜCKWÜNSCHE AN JULIAN ASSANGE

Berlin/DW. Am 3. Juli 2021 feierten hunderttausende Demokraten weltweit den Geburtstag des Journalisten Julian Assange. Es ist bereits sein elftes Jahr in Gefangenschaft. Der *Wiki-Leaks*-Gründer wird von der US-Justiz gejagt, seit er 2010 Informationen über grausamste Kriegsverbrechen der USA in Afghanistan, im Irak und im Internierungslager Guantánamo veröffentlichte. Nach sieben Jahren Asyl in der ecuadorianischen Botschaft in London sitzt er nun seit 2019 unter menschenunwürdigen Bedingungen im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh. Nach Angaben seiner Anwälte wird Assange nur eine Stunde Freigang pro Tag gewährt. Um seine Gesundheit stehe es nicht gut. Laut Medien kündigte seine Verlobte Stella Morrisan, mit der er zwei Kinder hat, kürzlich die Heirat der beiden an. Demokraten aus allen Ländern wünschen ihm Kraft und fordern mehr denn je seine sofortige Freilassung. (rop)

PHILOSEMITISMUS

Über Gründe und Abgründe des deutsch-

Vorbemerkung: Dieser Essay bildet die Essenz aus einem Radiofeature des Autors. Dementsprechend wurden O-Töne von Interviewten pur eingefügt.

Es erscheint angesichts einer kurz aufflackernden Euphorie für die Fußballeuropameisterschaft als folgerichtig, dass die staatlich eingesetzten Panikeinpeitscher zu einer Gegenreaktion ausholten. Die galt allerdings weniger den dicht an dicht stehenden Fans, sondern sollte – wie immer in letzter Zeit – die Kritiker der Coronapolitik treffen.

Genau das geschah am 28. Juni 2021 im *ZDF-Heute-Journal.* Man holte die massivste Keule hervor, die sich denken lässt: den Vorwurf des Antisemitismus. Sie, die quer denkenden Demonstranten – so die undifferenzierte Diktion des Nachrichtensprechers Christian Sievers – hätten sich mit Antisemiten gemeingemacht. In der Dramaturgie dieser dummdreisten Behauptung erschien dann ein jüdischer Repräsentant auf dem *Screen*, der zu Recht den Anstieg des Antisemitismus beklagte, aber mit keinem Wort einen Zusammenhang mit der Demokratiebewegung herstellte.

Sollte man sich über derlei Unverschämtheiten noch aufregen? Selbst die »Kaisertreuen« mit ihren Fahnen strömten bei den Demos weniger Gefahr aus als früher die Heimatvertriebenen bei ihren folkloristischen Jahrestreffen? Nun, man sollte hier einmal den Spieß herumdrehen bei der Frage, wie es wirklich mit dem Antisemitismus hierzulande bestellt ist – und was ihn gegenwärtig so gefährlich macht.

Dazu lohnt ein Tiefenblick in die Eingeweide des schnelllebigen Zeitgeistes und in die historisch benennbaren Abgründe des deutsch-jüdischen Verhältnisses, das bekanntlich seit Kriegsende auch die deutsche Israelpolitik mit einschließt. Als Zeitzeugen und Ratgeber begleiten mich hierbei einige jüdische Autoren, mit denen ich für längere Beiträge in Funk und Fernsehen ausführliche Gespräche geführt habe.

ZWEI SZENEN AUS EINEM ROMAN UND EINE ERSTE AHNUNG

Eins schon gleich vorweg: Der Diskurs über Antisemitismus, so wie er heute geführt wird, findet in einem schwülen Klima der Verdächtigungen und der *Political Correctness* statt. Überdeckt werden soll, dass im Inneren des politisch-psychologischen Taifuns ganz andere Kräfte wirken. Der Schlaf der Vernunft gebiert hier wirklich Ungeheuer. Der ungarische Essayist László Földenyi berichtet von einer Veranstaltung in Berlin zu Mitte der Neunzigerjahre mit dem jüdischen Autor und späteren Literaturnobelpreisträger Imre Kertész. Dieser liest im Literaturhaus aus seinem damals gerade erschienenen »Roman eines Schicksallosen« vor. Zwei Szenen daraus sorgen an diesem Abend für Aufruhr im Publikum.

In der ersten Szene beschreibt Kertész, wie er als 14-Jähriger in Auschwitz die berüchtigte Selektion übersteht. Der deutsche »Ausleser« – ein gutmütig erscheinender Arzt – fragt ihn nach seinem Alter. Er antwortet »15« und rettet mit dieser Lüge sein Leben. Bemerkenswert hierbei: Der Junge empfindet gar eine Art Stolz über seine Auserwähltheit.

Die zweite Szene hat es auch in sich. Nach Buchenwald ins todbringende Arbeitslager verbracht, erlebt der nun mittlerweile tatsächlich 15-Jährige am Abend, wie ein rötlicher Mond über dem Lager aufzieht. Da empfindet er so etwas wie – »Glück«. Die Reaktion auf diese beiden Szenen schildert Földényi so: Das Publikum zeigte deutliches Missfallen, wirkte gereizt. Die Mundwinkel gingen nach unten, ein scharf eingezogener Atem signalisierte Empörung über etwas, das der deutschen Seele so nicht zugemutet werden darf: nämlich einen Schlag ins Kontor der Gefühle hinnehmen zu müssen. Diese sehen für Juden eine alternativlose Position vor: Sie sollen schweigen, wo sie nicht als Opfer in Erscheinung treten, sondern als Menschen.

Bei den Gutgesinnten kommt der Verdacht der Unverschämtheit auf, wenn der Junge an grausigem Ort »Glück« empfindet. Das geht einfach nicht. Der Deutsche hingegen strengt sich an, sich in der Angelegenheit *Auschwitz* richtig, also korrekt zu verhalten. Als Lohn dafür fühlt er sich gut und im Recht. Aus einer Mischung aus gefühliger Moralität, die hier selbstverliebt daherkommt, und einer ehernen Doktrin entsteht eine ungute Mischung. Sie gilt bis heute und verzerrt die Verhältnisse.

VORAUSEILENDER GEHORSAM: NOCH EINE REALGESCHICHTE

1967/ 1968: Mentalitätsgeschichtlich bilden die Jahre eine Zäsur im deutsch-jüdischen und deutsch-israelischen Verhältnis. Angesichts des Sieges der Israelis über die arabische Allianz im Sechstagekrieg spaltet sich die deutsche Gesellschaft: Der Tätergeneration von Altnazis, die im Kriegshelden Mosche Dajan einen Nachfolger Rommels sehen, steht die Generation der Studenten gegenüber. Der deutsch-jüdische Pädagoge und Publizist Micha Brumlik gehörte damals der Neuen Linken an – und beobachtete eine atemberaubende Metamorphose: »Israel ist für die westdeutsche Linke bis 1967 im besten Sinne der sozialistische Staat der Holocaust-Generation gewesen. Im Augenblick, als mit dem Sechstagekrieg dann ein großer Teil der Medien Springers (unter anderem das Blatt *Bild*) für Israel und Mosche Dajan Partei ergriffen hat, reagierte ein großer Teil der Linken mit dem schlichten Reflex, dass der Freund meines Feindes nur mein Feind sein kann – was zur Folge hatte, dass nun gerade Teile der radikalen Linken die bisher geübte Solidarität mit den Holocaustüberlebenden aufgekündigt und nun in den Palästinensern entweder die neuen Juden der Israelis oder die avantgardistische Volkspartei im nahen Osten gesehen hat.«

So verwirrend gestaltete sich der Mentalitätswandel damals tatsächlich. Palästinenserschals dominierten ebenso wie Fernsehbilder von Dajan. Das Israel der kommunenartigen Kibbuze wich dem des Aggressors, während andere den israelischen Blitzkrieg feierten. War Mosche Dajan denn überhaupt noch ein Jude? Kurz: Die Judenfrage bekam einen anderen beunruhigenden *Drive*.

ZWEI PRÄSIDENTEN UND IHRE STATEMENTS

2005 hält der israelische Präsident Mosche Katzav vor dem deutschen Parlament in Berlin eine Rede im Gedenken an die Shoah. Darin findet sich diese bemerkenswerte Passage: »Die Shoah ist ein gestaltendes Ereignis in der Geschichte des jüdischen und des deutschen Volkes. Sie überschreitet die Grenzen von Zeit und Raum, von Interessen und Meinungen. Sie ist das schwarze Loch, in dem ein Großteil der Lichtstrahlen verschwindet.« Der deutsche Bundespräsident Horst Köhler legte bei einem Staatsbesuch in Israel im selben Jahr dieses Bekenntnis ab: »Die Verantwortung für die Shoah ist Teil der deutschen Identität. Deutschland steht unverbrüchlich zu Israel und seinen Menschen.«

Während Katzav das Unbegreifbare an Auschwitz durch kosmische Metaphern zu benennen sucht, greift Köhler die damals handelsübliche Diskursfloskel »Identität« auf, die er mit dem Postulat »Verantwortung« ethisch unterfüttert. Man ist hier sprachlich meilenweit voneinander entfernt.

Ebenso weit von Köhlers *klingender Münze* Identität entfernt, spricht Imre Kertész in einem Essay vom »negativen Mythos« Auschwitz. Er zielt dabei auf eine falsche Mythologisierung von Auschwitz, die gerade verunklart, was eigentlich an der Shoah so erschreckend ist: Nämlich, dass sich in ihr das Normale als das eigentlich Abgründige entlarvt. Was eben auch historisch besagt: Auschwitz entfaltet seinen ganzen Schrecken innerhalb einer Entwicklung, die schon vor Auschwitz einsetzte und die auch nach Auschwitz weitergeht – bis in unseren Alltag. Das aber – so vermutet der israelische Psychoanalytiker Zvi Rix – können die Deutschen niemals annehmen.



Alte Normalität. Jüdische Kirchen gehören in Deutschland seit vielen Jahrhunderten ganz einfach dazu. Hier: Die Alte Synagoge Essen - Inneres nach Osten (1913)

Illustration: Edmund Körner; aus Harold Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland
Collage: Ute Feuerstacke

, ANTISEMITISMUS

-jüdischen Verhältnisses | Von Werner Köhne

EIN WEITERES BEMERKENSWERTES STATEMENT

Der in Tel Aviv lehrende Historiker Moshe Zuckermann, ein Schüler Adornos, den ich in einem Frankfurter Café treffe, kommt zu folgender Einschätzung: »Es gibt nur zwei Völker, die heute in der Weltgeschichte herumlaufen und herumbrüllen: Wir sind normal, wir sind normal! Das sind die Deutschen und die Juden. Also die beiden Völker, die aus ihrer Geschichte heraus nicht normal sein können. Deutsch-jüdische Verhältnisse sind bis zum heutigen Tag Auschwitz-codiert. Da kann man sich auf den Kopf stellen und machen, was man will. Das ist nun mal so.«

Hier scheint jener Konflikt vorgezeichnet, der es so schwer macht, den Code Auschwitz zu entziffern, das Normale von einer genormten Wirklichkeit zu unterscheiden. Oder sind beide in der deutschen Geschichte kompatibel?

Auf ein anderes Phänomen macht indes die jüdische Autorin Barbara Honigmann aufmerksam: den Philosemitismus: »Es ist wirklich kompliziert. Ich glaube, das Phänomen des Philosemitismus hat's noch nie in der Geschichte gegeben. Das ist wirklich was Neues, auch für Juden. Ich habe gerade mit einigen Menschen aus Argentinien gesprochen, die seit ein paar Jahren in Deutschland leben. Sie sagen: Antisemitismus, das kannten sie natürlich, auch Gleichgültigkeit gegenüber Juden. Aber Philosemitismus: Das haben sie noch nie erlebt.« Sollte man darüber nicht mal nachdenken?

ZU DEN DEUTSCH-ISRAELISCHEN BEZIEHUNGEN

Was die Koordinaten des Verhältnisses angeht: Die Erinnerung an die Shoah bestimmt die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland. Man pflegte sie allerdings aus unterschiedlichen Motiven: Israel versteht bis heute Auschwitz als historisches Ereignis, aus dem es seine politische Agenda ableitet. »Nie wieder Auschwitz«, lautet die Staatsdoktrin. In Deutschland hingegen schienen die Motive vielschichtiger, weil man sich – zumindest im Westen – gezwungen sah, sein Verhältnis zu den Juden überhaupt zu klären. Diese Zielsetzung stellte die Bundesrepublik seit Kriegsende vor einen schwierigen Kurs: Soll man sich mit der einstigen Täterrolle auf ewig abfinden oder besteht die Möglichkeit, die schuldhafte Verstrickung über eine korrekte Israelpolitik aufzuarbeiten?

Dazu Micha Brumlik: »Das deutsche Engagement für Israel hat es dann konservativen Kreisen eine Zeitlang leicht gemacht, sich der quälenden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der nazistischen Vergangenheit zu entziehen. Wenn man sich heute die Verbreitung antisemitischer Haltungen ansieht, könnte man auf zynische Weise sagen, dass sich hier einiges gebessert hat: Von 60 Prozent mit antisemitischer Einstellung in den fünfziger Jahren auf 30 Prozent mit Ausschlägen bis zu 50 Prozent, wenn es um den Staat Israel und seine Palästinenserpolitik geht.«

Hier wäre noch einmal an den *Turnaround* 1968 zu erinnern und daran, was ihm folgte. Es bildete sich ein neues Milieu, in dem vor allem die Grünen den Diskurs um Auschwitz und Antisemitismus an sich rissen – eigentlich unheilvoll. Wie zwei Ereignisse bewiesen.

DER KAMPF UM AUTHENTIZITÄT UND DAS »RICHTIGMACHEN«

1988 fand im deutschen Bundestag anlässlich der 50-jährigen Wiederkehr der Reichspogromnacht eine Gedenkfeier für die Opfer statt. Hauptredner war der damalige Bundestagspräsident Philipp Jenninger. Das Besondere seiner Rede: Er suchte sich in die Gefühle der Menschen 1938 hineinzuversetzen und führte uns in beschwörend indirekter Rede die Vorurteile gegen Juden wieder vor Augen.

Die Reaktionen darauf waren gespalten. Nahezu alle Abgeordneten zeigten sich empört über die Taktlosigkeit und den rhetorischen »Fehler« Jenningers – während alle jüdischen Autoren (!), mit denen ich darüber gesprochen habe, sich über die tiefe Aufrichtigkeit Jenningers lobend äußerten. Endlich hatte mal ein Deutscher den Mut gezeigt, die Geschichte in ihrer verquälten Mischform aus Abwehr und Narzissmus freizulegen.

Die Grünen indes ließen 1998 eine weitere Peinlichkeit folgen: Joschka Fischer rechtfertigte den Militäreinsatz im Jugoslawienkrieg mit dem Hinweis, ein zweites Auschwitz zu verhindern. Zur Geschichte der deutschen Gefühle zählt dann auch noch die These des Historikers Daniel Goldhagen, der in der Mehrheit der Deutschen »Hitlers willige Vollstrecker« sah. Er setzte so der allzu larmoyant abstrakten These von der »Kollektivschuld« ein Konkretum entgegen. Dem musste ein wiedererstarktes Deutschland wohl etwas entgegensetzen.

ÜBER POLITICAL CORRECTNESS, ANTISEMITISMUS UND PHILOSEMITISMUS

Aktuell wird der Begriff Antisemitismus geradezu inflationär in Dienst genommen, wie die Demokratiebewegung leidvoll erfahren musste. Um dieser Penetranz entgegenzutreten, sollte der Blick auf jenen Philosemitismus zu richten sein, der aus der deutschen Sondergeschichte entstanden ist. Es ist vorwiegend eine Geschichte mit psychologischer Textur, in der Projektionen eine unheilvolle Rolle spielen, wie auch Moshe Zuckermann weiß: »Im Grunde genommen fungiert das Jüdische schlechthin als Projektionsfläche. Die große Frage ist: Was ist da psychisch angelegt? Und da meine ich, dass im Grunde genommen die Abstraktion des ›Juden‹, wie sie im Antisemitismus stattgefunden hat, auch im Philosemitismus, auch im sogenannten wertneutralen Bezug zum Juden, diese findet immer noch statt. Und in diese Abstraktion wird dann das hineingemalt, was man von sich aus auf den Juden überträgt. Das heißt: Wenn der Jude rezipiert wird in seiner Opferrolle, dann wird sich kein Deutscher von einem Juden reinreden lassen, wie er, der Jude, diese Sache sieht.«

Kann man so das Phänomen Philosemitismus vielleicht als versuchte, aber misslungene Nähe zu Juden deuten? Es war einst Thomas Mann, der behauptete, dass beide kulturgeschichtlich für sich das Pathos einer Sonderstellung beansprucht hätten. Das ist sicherlich bestreitbar. Näher aber an einer Klärung des Philosemitismus zeigt sich Sigmund Freud, wenn er im Rahmen seiner Theorie des Doppelgängers den Charakter des Unheimlichen darin begründet sieht, dass wir das »Andere« in uns nicht zulassen und es deshalb nach außen auf den Anderen projizieren. Salomon Korn, einst Vizepräsident der jüdischen Gemeinde in Deutschland, greift die These Freuds auf, um einige Abgründe der deutschen Beziehung zu Juden aufzuzeigen:

»Auch wenn im kollektiven Gedächtnis der Deutschen die Juden als reale Personen oder als Mythos das grundsätzliche Andere repräsentieren, dann müssen sich in diesem Anderen Ähnlichkeiten wiederfinden, die zum lustvollen Projizieren der eigenen dunkleren Seelenteile auffordern. Denn seit Freud wissen wir: Das Ähnliche ist das Unheimliche. Erst, wenn Juden im kollektiven Gedächtnis der Deutschen die Funktion verloren haben, das gänzlich Andere sein zu müssen, erst dann kann von einer ›Normalität‹ die Rede sein.« Davon scheinen wir weit entfernt, gerade da, wo ein abstrakt verordneter Philosemitismus den Antisemitismus noch nähren könnte. Nicht die Empathie mit Menschen, die Juden sind, leitet diesen Philosemitismus, sondern das Rechthaberische, das Korrekte und die narzisstische Abwehr der Abgründe, die in einem gefährlichen Selbstbild wurzeln. Von daher könnte sich auch klären, warum sich der Vorwurf des Antisemitismus ausgerechnet gegen die Demokratie- und Freiheitsbewegung richtet? Da wird aus einem psychologischen Dilemma schnurgerade Politik gemacht.



Der Philosoph Werner Köhne ist Dokufilmer und Radiomacher (*arte, WDR*) sowie Autor der »Minima Mortalia«.

Dr. Werner Köhne geht auf Lesereise. Einladungen an wernerpaulkoehne@gmail.com

Weißt du noch oder glaubst du schon?

Al Gore führte mit seinem preisgekrönten Film »Eine unbequeme Wahrheit« die Öffentlichkeit in die Irre. | Von Markus Fiedler

Spätestens seit 2006 der Film »Eine unbequeme Wahrheit« von Al Gore über die Kinoleinwände flimmerte, sind ganze Generationen regelrecht traumatisiert und leben in ständiger Angst vor der Klima-Apokalypse. Bei diesem Thema lohnt es sich, trotz der zweifelsohne gestiegenen Temperaturen, einen kühlen Kopf zu bewahren und sich die Daten genauestens anzuschauen.

Die wichtigste Aussage in Bezug auf den Klimawandel ist, dass das Kohlenstoffdioxid (CO_2) eine zentrale Rolle im sogenannten Treibhauseffekt darstelle. Die Klima-Theorie lautet: Mehr CO_2 in der Luft, desto höher die Temperatur auf dem Planeten. Dieser Aussage stimmen die meisten kritischen Geister zu. Strittig an dieser Theorie ist jedoch, wie groß der Einfluss des CO_2 auf das Klima wirklich ist. Hierbei wird jeder mit üblen Beschimpfungen überhäuft, der einen eher geringen Anteil des CO_2 am Klimageschehen sieht. Begrifflichkeiten wie »Klimaleugner« fallen dabei in inflationärer Anzahl und stellen eine Assoziation zu Holocaustleugnern her.

Wie auch schon in meinem letzten Artikel zum Thema Klima geht es mir hier nicht darum, endgültig die Frage zu klären, wie hoch der Einfluss des Spurengases CO_2 tatsächlich auf den Temperaturverlauf ist, sondern den Leser über einige Dinge aufzuklären, die nichts mit Wissenschaft zu tun haben. Es geht um die Aufdeckung von Propaganda – eventuell sogar um vorsätzliche Täuschung.

UNBEQUEME WAHRHEITEN ÜBER AL GORE

Wir kontrollieren hier im Folgenden eine der zentralen Aussagen aus Al Gores »Eine unbequeme Wahrheit«. Vor einer überdimensional großen Leinwand präsentiert Al Gore in seinem Film dem staunenden Publikum zwei Kurven in einem Diagramm. Die eine Kurve stellt den Temperaturverlauf dar, die andere Kurve den Verlauf der CO_2-Konzentration der letzten 650.000 Jahre. Beide Kurven stammen aus Daten der Eisbohrkerne des »EPICA Dome Concordia« am Südpol. Man erkennt in der Tat auf den ersten Blick eine Korrelation, also einen Bezug beider Kurvenverläufe zueinander (Abbildung 1). Immer wenn hohe CO_2-Werte angezeigt werden, gab es gleichzeitig auch hohe Temperaturen auf der Erde.

Eine wichtige naturwissenschaftliche Regel ist »Korrelation impliziert keine Kausalität«. Nur weil beide Kurven ähnlich verlaufen, weiß man noch lange nicht, welche von beiden die Wirkung und welche die Ursache abbildet – hier könnte zum Beispiel auch ein nicht bedachter dritter Parameter eine Rolle spielen.

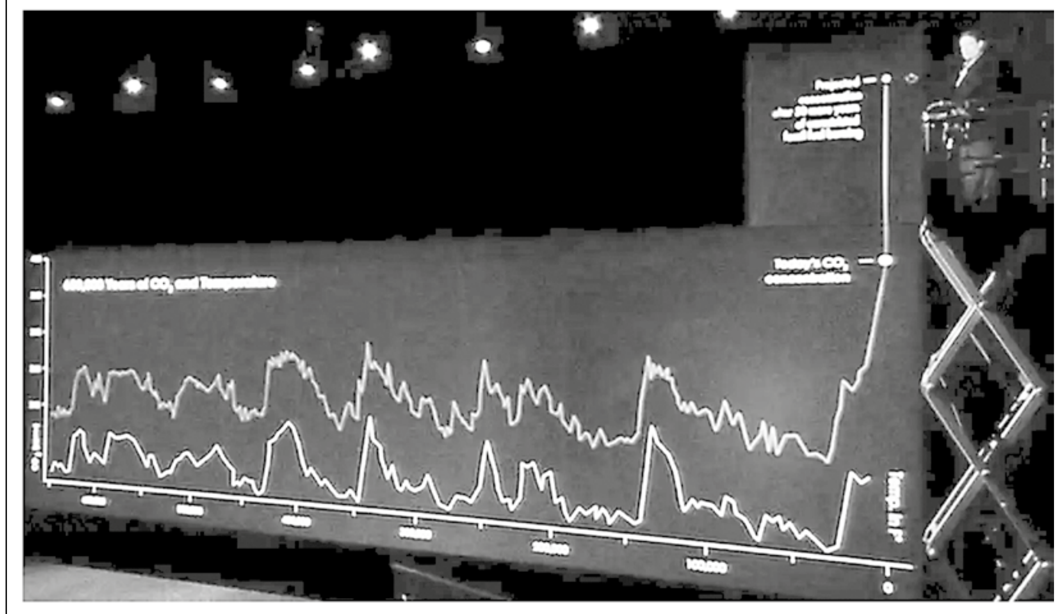


Abb.1: *Al Gore (rechts im Bild auf einem Hubwagen) in »Eine unbequeme Wahrheit« Urheber: Davis Guggenheim, Al Gore, 2006*

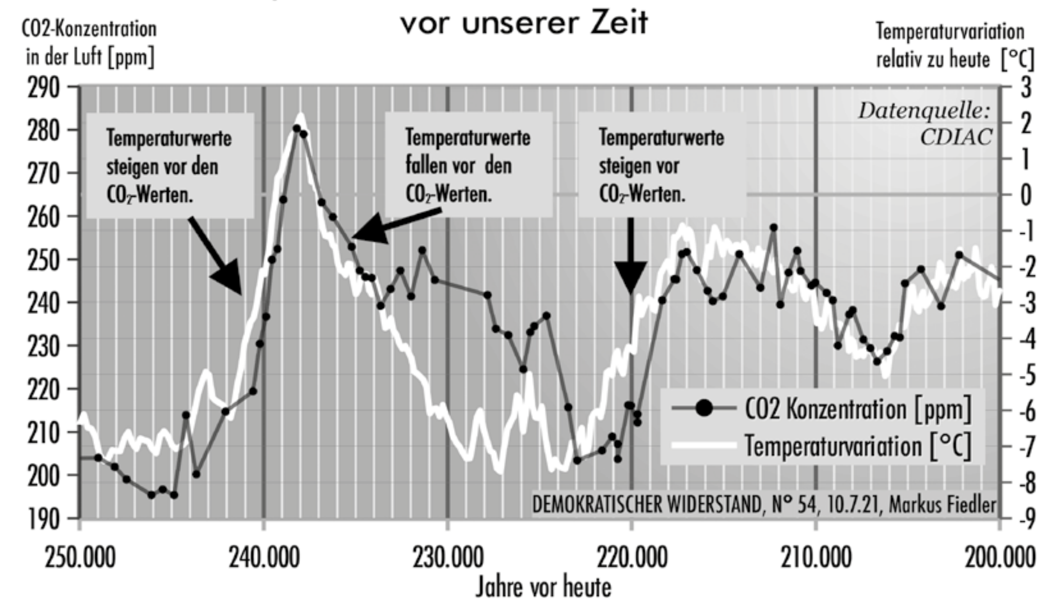


Abb.2: *Daten der Vostok-Eisbohrkerne. Quellenangabe der Rohdaten: Historical Isotopic Temperature Record from the Vostok Ice Core. Petit, J.R., J. Jouzel, D. Raynaud et al.: Climate and atmospheric history of the past 420,000 years from the Vostok ice core, Antarctica. Nature 399: 429-436. 1999.* https://cdiac.ess-dive.lbl.gov/trends/temp/vostok/jouz_tem.html
J.M. Barnola, N. I. Barkov: Historical CO2 Record from the Vostok Ice Core. 2003.
https://cdiac.ess-dive.lbl.gov/trends/co2/vostok.html

Die erste zusammenfassende Veröffentlichung zu den Messdaten aus Eisbohrkernen geht auf eine Arbeitsgruppe um J.R. Petit, J. Jouzel et al. zurück. Die russisch-französische Veröffentlichung »Climate and atmospheric history of the past 420.000 years from the Vostok ice core, Antarctica« aus dem Jahr 1999 bezieht sich auf die Messungen eines 3.310 Meter tiefen Eisbohrkerns vom Vostok-See in der Antarktis.

ERST AKTION, DANN REAKTION

Schaut man sich die ermittelten Daten allerdings genauer an, zum Beispiel in einem Zeitfenster von 250.000 bis 200.000 Jahren vor unserer Zeit, dann erkennt man, dass die Temperaturkurve etwa 200 bis 1.000 Jahre vor der CO_2-Kurve steigt beziehungsweise fällt. Das war eine Überraschung für die Forscher!

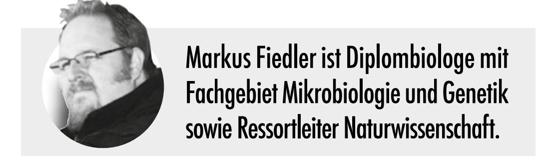
Es gilt immer die Regel: Erst die Ursache, dann die Wirkung. Eine Wirkung, die der Ursache um Jahrhunderte vorauseilt, ergibt keinen Sinn! Dieses Phänomen der »vorauseilenden« Temperaturkurve haben Petit et al. bereits im Jahr 1999 ausführlich beschrieben. Eine Arbeitsgruppe um Hubertus Fischer und Martin Wahlen wies in der Veröffentlichung »Ice Core Records of Atmospheric CO2 Around the Last Three Glacial Terminations« ebenfalls im Jahr 1999 nach, dass die Altersangaben der Gase in den im Eis eingeschlossenen Bläschen aufgrund von Diffusionsprozessen falsch berechnet waren. Das durchschnittliche Alter der Gase sei eigentlich etwas jünger als die der Eisschicht, in der sie sich befanden – was den Abstand zur Temperaturkurve sogar noch weiter vergrößerte!

In den Folgejahren wurden weitere Untersuchungen gemacht. Man wollte ausschließen, dass es sich hierbei um einen Messfehler handelte. Immerhin sind die Altersbestimmungen der Eisschichten und der darin enthaltenen Gase alles andere als einfach. Eric Monnin und Kollegen bestätigten und präzisierten unter anderem in der Veröffentlichung »Atmospheric CO_2 Concentrations over the Last Glacial Termination« im Jahr 2001, dass die CO_2-Änderungen erst circa 800 Jahre nach den Temperaturänderungen erfolgten. Diese Daten aus den Eisbohrkernen sind also tatsächlich korrekt und unumstritten, wie Al Gore in seinem Film sagt. Dennoch können die Eisbohrkerndaten niemals die Behauptung untermauern, dass CO_2 die Ursache für die Temperaturschwankungen sei.

Der Mechanismus zum beobachteten Phänomen ist inzwischen auch bekannt. Erhöhte Temperaturen führen zur Erwärmung der riesigen Ozeane. Das lässt das als Kohlensäure gelöste CO_2 aus dem Wasser ausgasen, wodurch sich die CO_2-Konzentration in der Luft erhöht. Wenn Sie Ihre eingekühlte, sprudelnde Cola in der Sonne stehen lassen, geschieht das Gleiche.

POLITIKER UND SCHÜLER WURDEN GETÄUSCHT

Al Gore hatte ein großes wissenschaftliches Team, um seinen Film vorzubereiten. Und diese Spezialisten sollen nichts von diesen Daten gewusst haben? Sehr unwahrscheinlich. Sie müssen über die zeitverzögerte CO_2-Kurve zumindest gestolpert sein. Das Thema wurde damals überall unter Fachleuten diskutiert. Und trotzdem wurden die Eisbohrkerndaten dem Publikum fünf Jahre nach Eric Monnins Veröffentlichung im Kinofilm als Beweis für eine Temperatursteigerung durch CO_2 präsentiert. Das ist eine Täuschung des Publikums. Und von eben diesem Kinofilm wurden durch den damaligen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) 6.000 Exemplare zum Einsatz an Schulen eingekauft. Dieses Narrativ ist in die Schulbücher und in die Politik eingegangen und hält sich dort bis heute hartnäckig.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik sowie Ressortleiter Naturwissenschaft.

DW-BESTSELLERLISTE

Rezensionsexemplare bitte schicken an
Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Menschen mit Mut
Drescher, Andrea (Hrsg.)

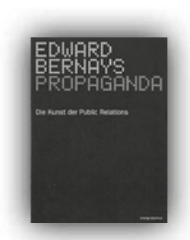
ars vobiscum
ISBN: 978-3-948798-00-0



[Einzelwerk] Schwarzbuch Corona. Zwischenbilanz der vermeidbaren Schäden und tolerierten Opfer.
Berger, Jens
Westend Verlag
ISBN: 978-3-86489-343-8



Psychologische Kriegsführung und gesellschaftliche Leugnung. Die Legende des 9/11 und die Fiktion der Terrorbedrohung
Davidsson, Elias
Zambon Verlag & Vertrieb
ISBN: 978-3-88975-252-9



Propaganda. Die Kunst der Public Relations. Bernays, Edward; Miller, Mark Crispin

Orange-press
ISBN: 978-3-936086-35-5



Politische Köpfe im Porträt. Galerie der Systemkritik aus Journalismus, Wissenschaft und Politik
Geschwendeter, Björn (Hrsg)
Promedia Verlag
ISBN: 978-3-85371-482-9



Freiheit in der Krise. 48 andere Ansichten zur Krise.
Heil, Alexander

erhältlich unter:
freiheit-in-der-krise.de



Die Macher hinter den Kulissen. Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern,
Ploppa, Hermann
Nomen Verlag
ISBN: 978-3-939816-22-5



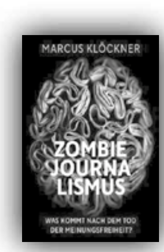
Die Propaganda-Matrix. Der Kampf für freie Medien entscheidet über unsere Zukunft
Meyen, Michael

Rubikon
ISBN: 978-3-96789-020-4



Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist
Van Reybrouk, David

Wallstein Verlag
ISBN: 978-3-8353-1871-7



Zombie-Journalismus. Was kommt nach dem Tod der Meinungsfreiheit?
Klöckner, Marcus

Rubikon
ISBN: 978-3-96789-022-8

Der »gute« Massenmensch

Warum gibt es so wenig Widerstand? | Von Rudolf Brandner

Alle Tyrannei beruht auf der Unterwerfungsbereitschaft der Massen: so schon Étienne de la Boétie (1530 - 1563). Worauf aber beruht diese Unterwerfungsbereitschaft? Auf dem Versprechen, an der Heilsmacht der Autorität teilzuhaben – also der Angst, ohne sie ganz allein und dem Verderben preisgegeben zu sein. Mehrere Faktoren verbinden sich zu einer Gesamtfeigheit:

1. Widerstand ist anstrengend, Gefallenlassen bequem. Widerstand ist gefährlich, erregt wiederum Gegen-Widerstand, duldendes Gefallenlassen aber gefällt, verspricht Lob von oben und erwirkt den Konsens der Allgemeinheit.

2. Die mediale Hörigkeit prädisponiert den Menschen zu vertrauensseliger Gutgläubigkeit. Damit wird jede kritische Reflexion mit dem Verdacht des antidemokratischen, von der »Mitte« unterschiedenen »Extremen« gebrandmarkt.

3. Der moderne Mensch möchte »gut« sein. »Gut« heißt ihm aber nur, dass Andere ihn »gut« finden, ist also ein Begriff der sozialen Geltung. Die »Guten« sind die Marionetten der Unterwerfungs- und Sklavenmoral kollektiv inszenierter Geltungswerte – die Massenmenschen der politischen »Mitte«. Die »Mitte« ist der Ort der kollektiven Wärme, an dem sich alle Schafe zusammendrängen, um vor den bösen Wölfen geschützt zu sein.

4. Der Mitte-Mensch erfährt die Einschränkung seiner Grundrechte als subjektiven Verzicht, den er als Selbstbeweis seiner Güte und Tugendhaftigkeit erbringt: Er steigert seine wohlige Selbstzufriedenheit um ein moralines Sahnehäubchen.

5. Die Maßnahmen lassen sich umso besser ertragen, je intensiver man an ihre Notwendigkeit glaubt. Deshalb möchte man auch keine konträren Informationen über die reale Gesundheitsgefährdung. Denn dann wären die Verhältnisse ja unerträglich und die moralische Pflicht zum Widerstand unumgänglich. Um sich davor in Sicherheit zu bringen, verbeißt sich das Bewusstsein in die regierungsamtliche Wahrheit und verfolgt alle anders informierten mit blinder Wut.

6. Wo die Freiheit sich ängstigt, ist sie keine – eine sich ängstigende Freiheit ist Unfug aus der christlichen Erbauungsliteratur à la Kierkegaard, nicht aber philosophische Einsicht. Damit sich der Sklave der Angst frei fühlt, unterwirft er sich der Macht, die ihm verspricht, das Ängstigende vernichten zu können. Die freiwillige Unterwerfung befreit sich durch Identifikation mit der Macht von der Angst. Dann, plötzlich, steigt eine neue Angst auf: Es ist die Angst vor der Macht des Anderen.



Rudolf Brandner ist promovierter Philosoph und schrieb unter anderem über den Kollaps der Universitätsphilosophie.

SPORT MIT BERTHOLD

SCHON WIEDER WEMBLEY

Redaktion grüßt Fußballweltmeister! Denn darauf freuen wir uns immer besonders: Jetzt kommt der Sportkommentar.

Nun kam es nach dem Halbfinalspiel des Engländers gegen den Dänen so: Die Southgates hatten gewonnen. Und ungelogen: Ein Fußballdrama, wie man es sich für das deutsche Achtelfinalspiel gewünscht hätte! Wenn schon gegen England raus, dann mit offenem Visier. Der Europameister von 1992 lieferte nun das sprichwörtliche »Dynamit« im Spiel gegen die Heimspielmannschaft. Maskenlose Royals im neuen Wembley-Stadion mussten an sich halten. Eine englische Schwalbe brachte in der ersten Hälfte der Verlängerung den entscheidenden Foulelfmeter. Der Schmeichel-Sohn hielt, doch Harry Kane netzte glücklich nach. *Lucky*. Bis zum Schluss: Alles offen. – Und wir im Stress der nächtlichen Schlussredaktion zwischen siegestrunkenen Britinnen (die sich bei unserer Niederlage mit ihrem Tirumphgeheul noch höflich hinter dem Kanal gehalten hatten), vergessen, unseren Weltmeister zeitig anzurufen. Momentaufnahme: Italienische Verhältnisse im DW. *Scusate!* Ehrlich. Bis zum nächsten Finale. (ale)

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Die Zeitung der Verfassungserneuerung für Deutschland

JEDEN SAMSTAG DEN WIDERSTAND IM KASTEN!

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. 2021 und 2022 wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben.

Immer! 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

SO GEHT ES:

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unseren Seiten demokratischerwiderstand.de

oder

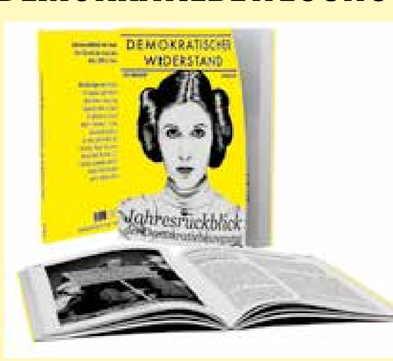
2. Ein Quartalsabo abschließen auf unseren Seiten demokratischerwiderstand.de

oder

3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.

DW-Magazin erschienen

DIE JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG



Die größte Bewegung der deutschen Geschichte von März 2020 bis März 2021, u. a. mit Originalbeiträgen von Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Giorgio Agamben, Casey Koneth, Batseba N'Diaye, Nicolas Riedl, Anselm Lenz und dem Besten der DW-Fotografen. Gestaltung: Jill Sandjaja. Ein Vollfarb-Heft mit 148 Seiten., das nicht zur Selbstzufriedenheit aufruft, sondern den Aufbruch in unsere demokratische Zukunft einleitet.

DAS DW-JAHRESMAGAZIN IST ZU BESTELLEN AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 10,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME ____________________

TELEFON + E-MAIL ____________________

STRASSE, HAUSNUMMER ____________________

POSTLEITZAHL UND ORT ____________________

K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16
10211 Berlin

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

VOR DEM SKLAVEN, WENN ER DIE KETTE BRICHT, VOR DEM FREIEN MENSCHEN ERZITTERT NICHT.
FRIEDRICH SCHILLER

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 54. Ausgabe ab Samstag, 10. Juli 2021. | Redaktionsschluss war am 8. Juli, 5:45 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi, Ronja Palmer (stv.) **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Ressort International:** Ronja Palmer **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Anselm Lenz **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel **Weitere Redaktionsmitglieder:** Aya Velázquez, Dr. Yana Milev, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.